Nationalsozialistische Bibliothek / Heft 1

Herausgeber: Gottfried Feder, M.d.R.

# Das Programm der NSDAP

## und seine weltanschaulichen Grundgedanken

von

**Dipl.-Ing. Gottfried Feder**

M.d.R.

166. - 169. Auflage

826. - 845. Tausend

1935

==========================================================

Zentralverlag der NSDAP, Franz Eher Nachf., München



Printed in Germany

Druck: J. B. Weiß´sche Buchdruckerei, München

# Inhalt

Seite



# Vorwort zur 1. Auflage

Der Parteitag 1926 in Weimar hat die Herausgabe einer Schriftenreihe gewünscht, die in kurzen, grundlegenden und programmatischen Abhandlungen alle wichtigen Gebiete unseres gesamten politischen Lebens behandeln sollte. Diese Hefte sollten ein ganz einheitliches und geschlossenes Bild davon geben, wie sich der Nationalsozialismus zu den verschiedenen Aufgaben unseres öffentlichen Lebens stellt, und wie er die Mängel und Fehler zu beseitigen gedenkt.

Es handelt sich darum, grundlegend zu prüfen "*Wie es steht*", dann wissenschaftlich zu erforschen, "*Woher es kam*?", um dann, schöpferisch aufbauend, Antwort zu geben auf die Schicksalsfrage, "*Was nun*?" Neue Wege im Staatsleben, in Geldwesen und Wirtschaft zeigen, das mußte die Hauptaufgabe dieser Hefte sein; dadurch sollen und müssen sich diese Arbeiten von den sonst üblichen Schriften unterscheiden, die aus lauter Wissenschaftlichkeit gar nichts wagen, über die rückschauende Sichtungsarbeit des "Historikers" hinauszugehen, oder vor "Objektivität" und "Sachlichkeit" jede Meinung zu Wort kommen lassen.

In diesem Chaos einen "*rocher de bronce*" aufzurichten, aus eingehenden Studien klare Erkenntnisse zu formen, um daraus einen einheitlichen politischen Willen zu bilden, *ist die Aufgabe dieser Schriftenreihe*.

Aus diesem Grunde ist es einleuchtend, daß alle Schriften bei aller Freiheit im einzelnen *unabänderlich* und *unerschütterlich* die wenigen großen Grundgedanken des Nationalsozialismus klar und deutlich erkennen lassen müssen.

Adolf Hitler hat mich mit der Herausgabe der Schriftenreihe beauftragt. Diese Hefte sollen *das amtliche Schrifttum der Partei* bilden.

Dem diesjährigen Parteitag übergebe ich als erstes Heft "Das Programm der NSDAP". Unserem Führer Adolf Hitler sage ich noch besonderen Dank für die Durchsicht der Handschrift.

*Murnau* a. Staffelsee, im August 1927.

# Vorwort zur 4. Auflage

Genau ein Jahr nach dem Erscheinen der ersten Auflage des "Programm der NSDAP" wird schon die 4. Auflage notwendig, wieder ein schlagender Beweis für das gewaltige und kraftvolle Wachstum der Bewegung.

Mit scharfer Betonung hat Adolf Hitler auf der Reichsführertagung am 31. August d.J. erklärt: "*Programmatische Fragen beschäftigen die Führertagung nicht, das Programm liegt fest und niemals dulde ich, daß an den programmatischen Grundlagen der Gesamtbewegung gerüttelt wird*". Dieser entscheidenden Erklärung des Führers schließe ich mich mit vollem Herzen an, denn nichts ist gefährlicher für den Bestand und die Stoßkraft einer politischen Bewegung unserer Art, als wenn an ihrer festen Grundlage, dem Programm, nachträgliche negative Kritik geübt wird, oder Auseinandersetzungen darüber stattfinden. Ein Meinungsaustausch über diesen oder jenen Programmpunkt ist fruchtbar und kann und soll die Gedankenwelt des Nationalsozialismus bereichern und vertiefen.

Über Tagesfragen und Tagespolitik werden die Meinungen oft auseinandergehen, da Haltung und Stellungnahme unserer parlamentarischen Vertretungen oft nicht sofort verstanden werden, falls aus taktischen Gründen Konzessionen gemacht werden müssen, anders ist es mit programmatischen Grundfragen, hier kann und darf etwa um augenblicklicher Vorteile willen nichts abgebogen oder gar verraten werden.

Wer in der Judenfrage, in unserem Kampf gegen die Hochfinanz, gegen den Dawespakt und Veredlendungspolitik oder in anderen programmatischen Fragen nicht mit unseren unverrückbar festgelegten Wegen und Zielen

übereinstimmen zu können glaubt, wer durch Völkerbund oder Locarno, wer durch Kompromisse und Feigheit die Freiheit der deutschen Nation er "kaufen" zu können glaubt, der hat bei uns nichts zu suchen, der steht außerhalb der NSDAP, sein privates Besserwissen, welches sich in weisen Reden und schriftlichen Ergüssen oft recht aufdringlich zu äußern pflegt, lehnen wir durchaus ab.

Ferner lehnen wir die "Zwar-Aber", die "zwar" im allgemeinen zustimmen, "aber" immer ein "Aber" bezüglich irgendwelcher Punkte bereit haben.

Wer grundsätzlich mit unseren Forderungen einverstanden ist, der möge seine Bedenken wegen irgendwelchen Nebenfragen zurückstellen, eine restlose Übereinstimmung *Aller in allen* Fragen gibt es nicht, am allerwenigsten in einer politischen Kampfbewegung.

Anders ist es, wenn etwa ein Programmpunkt zu Mißdeutungen durch Außenstehende oder gehässiger Ausdeutung durch politische Gegner ausgeschlachtet wird, wie es bereits geschehen ist. Hier wird und muß ein Kommentar ganz offiziell gegeben werden.

So hat der Artikel 17 der 25 Programmpunkte, herausgerissen aus seinem Zusammenhange, eine böswillige Mißdeutung und gehässige Unterstellung durch unsere Gegner gefunden. Adolf Hitler hat daher auf meinen Vorschlag am 13. April 1928 nachstehende Erklärung zu Punkt 17 abgegeben:

*Erklärung*

> Gegenüber den verlogenen Auslegungen des Punktes 17 des Programms der NSDAP von seiten unserer Gegner ist folgende Feststellung notwendig.
>
> Da die NSDAP auf dem Boden des Privateigentums steht, ergibt sich von selbst, daß der

Passus "Unentgeltliche Enteignung" nur auf die Schaffung gesetzlicher Möglichkeiten Bezug hat, Boden, der auf unrechtmäßiger Weise erworben wurde oder nicht nach den Gesichtspunkten des Volkswohls verwaltet wird, wenn nötig, zu enteignen. Dies richtet sich demgemäß in erster Linie gegen die jüdischen Grundspekulationsgesellschaften.

*München*, den 13. April 1928.

gez. Adolf Hitler.

Es kann selbstverständlich gar keine Rede davon sein, daß die NSDAP den deutschen Grundbesitz in Stadt und Land in seinen wohlerworbenen Eigentumsrechten beschränkt, wie es im letzten Wahlkampf in gehässiger Unterstellung vom Landbund, der Bauernpartei und den Deutschnationalen behauptet wurde. Keine Partei treibt eine klarere und zielsichere Bodenpolitik als gerade wir Nationalsozialisten. Aus Sinn und Geist unseres Gesamtprogramms geht mit absoluter Deutlichkeit hervor, daß es sich nur um eine Enteignung solchen deutschen Grund und Bodens handeln kann, der, besonders während der Inflation von ausländischen oder inländischen Schiebern und Wucherern, meist Juden, den deutschen Besitzern oft um ein sogenanntes Butterbrot abgegaunert worden ist, oder auch um solchen Großgrundbesitz, der nicht im Dienste der Allgemeinheit zur Volksernährung verwaltet wird.

*Es ist die Aufgabe der Nationalsozialistischen Bibliothek*, im Laufe der Zeit über alle Gebiete des öffentlichen Lebens, die durch unser Programm berührt werden, grundlegende Abhandlungen im Geiste unseres Programms zu bringen.

Sie ist die geistige Waffenschmiede für unseren Befreiungskampf.

*Murnau* am Staffelsee, im September 1928.

*Gottfried Feder*.

# Vorwort zur 5. Auflage

Schon wieder ist eine neue Auflage notwendig geworden. Sie ist - wie es sich bei einer Programmschrift von selbst versteht - ein in allem Grundsätzlichen unveränderter Abdruck der vorangegangenen Auflage.

Verbessert sind nur da und dort einige Schönheitsfehler im Ausdruck und Stellen, die zu Mißdeutungen führen können. Ich danke besonders für die genaue Durchsicht und die Anmerkungen, die mir aus der Kanzlei Adolf Hitlers zugegangen sind, die sämtlich berücksichtigt worden sind.

*Murnau*, im Februar 1929.

*Gottfried Feder*.

# Vorwort zum 326. - 350. Tausend

Während des Wahlkampfes um die Reichspräsidentenschaft wird das 326.- 350. Tausend unseres "Programms" veröffentlicht, um die Gedanken und Ziele der Nationalsozialisten zu verkünden.

Während im bürgerlichen Lager Verwirrung, Angst und Chaos herrscht, während die Regierungs-Marxisten ebenso lächerliche wie krampfhafte Unterdrückungsversuche machen, steht die NSDAP in einem in der Parteigeschichte unerhörten Aufstieg und schickt sich an, die politische Macht zu erringen.

Unser Programm, unsere Ziele sind unverändert. Irgendwelche wesentliche Korrekturen sind nicht erfolgt, und sie sind auch nicht notwendig.

*Wir lehnen es ab, wie andere Parteien tun, aus Zweckmäßigkeitsgründen unser Programm den sogenannten Verhältnissen anzupassen. Wir werden eben die Verhältnisse unserem Programm anpassen, indem wir die Verhältnisse meistern.*

Eingefügt ist nachstehend die *parteiamtliche Kundgebung* vom 6. März 1930, sowie eine Entgegnung auf zehn Fragen, die das führende Organ des Reichslandbundes, die "Deutsche Tageszeitung", an uns gerichtet hatte, und die auch von der "Deutschen Tageszeitung" aufgenommen worden war.

Dadurch werden am besten und schlagkräftigsten alle Lügen über unsere angeblich feindliche Einstellung zur *deutschen Landwirtschaft* im Hinblick auf *Eigentum und Erbrecht* widerlegt.

## 1. Parteiamtliche Kundgebung über die Stellung der NSDAP zum Landvolk und zur Landwirtschaft

*München*, 6. März 1930.

1. *Bedeutung des Landvolkes und der Landwirtschaft*

*für das deutsche Volk*

Das deutsche Volk deckt einen erheblichen Teil seines Lebensunterhaltes durch Einfuhr ausländischer Lebensmittel. Vor dem Weltkriege konnten wie diese Einfuhr mit den Einnahmen unserer industriellen Ausfuhr, unseres Handels und unseres im Ausland angelegten Kapitals bezahlen. Diese Möglichkeit hat uns der Ausgang des Weltkrieges versperrt.

Heute bezahlen wir unsere Lebensmittel-Einfuhr in der Hauptsache mit geliehenem fremden Gelde. Dadurch wird das deutsche Volk immer tiefer in die Schuldknechtschaft der kreditgebenden internationalen Hochfinanz geführt. Diese wird bei Fortdauer des gegenwärtigen Zustandes - das deutsche Volk immer mehr enteignen. Sie kann durch Sperren des Kredits und damit der Lebensmittelzufuhr, also durch Höherhängen des Brotkorbes, vor allem die deutschen Proletarier zwingen, in ihrem Dienste um Hungerlöhne zu arbeiten, oder sich als Arbeitssklaven in ausländische Kolonien verfrachten zu lassen.

Befreiung von dieser Knechtschaft ist nur möglich, wenn das deutsche Volk sich im wesentlichen vom eigenen Grund und Boden ernähren kann.

*Die Steigerung der Leistung der heimischen Landwirtschaft ist deshalb eine Lebensfrage für das deutsche Volk geworden.*

Ein wirtschaftlich gesundes, kaufkräftiges Landvolk ist aber auch für den Absatz unserer in Zukunft immer mehr auf den Binnenmarkt verwiesenen Industrie von entscheidender Bedeutung.

Wir erkennen nicht nur die überragende Bedeutung des *Nährstandes* für unser Volk, sondern sehen *im Landvolke auch den Hauptträger volklicher Erbgesundheit, den Jungbrunnen des Volkes und das Rückgrat der Wehrkraft.*

*Die Erhaltung eines leistungsfähigen, im Verhältnis zur wachsenden Gesamtvolkszahl auch zahlenmäßig entsprechend starken Bauernstandes bildet einen Grundpfeiler der nationalsozialistischen Politik, gerade deshalb, weil diese auf das Wohl des Gesamtvolkes auch in den kommenden Geschlechtern gerichtet ist.*

2. *Mißachtung des Bauernstandes und Vernachlässigung der Landwirtschaft im gegenwärtigen Staate*

In Nichtachtung der biologischen und wirtschaftlichen Bedeutung des Bauernstandes und im Widerspruch zu der lebensnotwendigen Forderung einer gesteigerten Leistung der Landwirtschaft ist die Erhaltung eines wirtschaftlich gesunden Bauernstandes im heutigen deutschen Staat auf das Schwerste bedroht.

Die an sich wohl mögliche erhebliche Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung wird verhindert, weil die dazu nötigen Betriebsmittel infolge zunehmender Verschuldung der Landwirte mangeln, und weil der Anreiz zu gesteigerter Leistung fehlt, da die landwirtschaftliche Arbeit sich nicht mehr lohnt.

Die Ursachen dieser ungenügenden Entlohnung (Rentabilität) der landwirtschaftlichen Arbeit sind zu suchen:

1. In der gegenwärtigen *Steuerpolitik*, welche die Landwirtschaft unverhältnismäßig stark belastet. Dies geschieht aus parteipolitischen Rücksichten und weil in der deutschen parlamentarischen Demokratie tatsächlich regierende jüdische Weltgeldmacht die Vernichtung der deutschen Landwirtschaft will, da ihr dann das deutsche Volk, im besonderen die Arbeiterschaft, völlig preisgegeben ist.

2. In dem *Wettbewerb* der unter günstigeren Bedingungen erzeugenden *ausländischen Landwirtschaft*, der durch eine landwirtschaftsfeindliche *Zollpolitik* nicht genügend eingedämmt wird.

3. In den *unzulässigen hohen Gewinnen*, die der zwischen Erzeuger und Verbraucher sich einschaltende *Großhandel* mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen, der heute größtenteils in der Hand der Juden liegt, sich

aneignet.

4. In den *Wucherpreisen*, die der Bauer für *Kunstdünger* und *Elektrizität* an die meist jüdischen Konzerne zahlen muß.

Aus dem Ertrag der unzulänglich entlohnten Landarbeit können die hohen Steuern nicht mehr bezahlt werden. Der Bauer ist gezwungen, Schulden zu machen, für die er Wucherzinsen entrichten muß. Er gerät immer tiefer in Zinsknechtschaft und verliert schließlich Haus und Hof an die vorwiegend jüdischen Besitzer des Leihkapitals.

*Der deutsche Bauernstand wird entwurzelt*.

3. *In dem von uns erstrebten zukünftigen Reiche soll deutsches Bodenrecht gelten und deutsche Bodenpolitik getrieben werden*

Eine *durchgreifende* Besserung der Notlage des Landvolkes und eine Gesundung der Landwirtschaft ist nicht zu erwarten, solange das Deutsche Reich mit Hilfe des parlamentarisch-demokratischen Regierungssystems tatsächlich von internationalen Geldfürsten beherrscht wird; denn diese wollen die Vernichtung der bodenständigen deutschen Kräfte.

Erst in dem von uns erstrebten, wesensverschiedenen *neuen deutschen Staate* werden Landvolk und Landwirtschaft diejenige Berücksichtigung finden, die ihrer Bedeutung als einer Hauptstütze eines *wahren deutschen Volksstaate* zukommt.

In diesem *zukünftigen Reiche soll deutsches Bodenrecht gelten und deutsche Bodenpolitik* getrieben werden.

Daraus ergeben sich folgende Forderungen:

1. *Der vom deutschen Volke in Besitz genommene und verteidigte deutsche Boden dient dem Aufenthalt und der Lebensversorgung des Gesamtvolkes. Er muß daher vom einzelnen Bodenbesitzer in diesem Sinne verwaltet werden*.

2. Nur deutsche Volksgenossen dürfen Besitzer deutschen Bodens sein.

3. *Von deutschen Volksgenossen rechtmäßig erworbener Besitz an Boden wird als erbliches Eigentum anerkannt.*

*Dieses Eigentumsrecht ist aber an die Verpflichtung geknüpft, den Boden auch zum Wohle des Gesamtvolkes zu nützen*.

Die Überwachung dieser Verpflichtung obliegt *berufsständischen Gerichten*, die sich aus Vertretern aller Berufsgruppen der landwirtschaftlich tätigen Bevölkerung und einem staatlichen Vertreter zusammensetzen.

4. Der deutsche Boden darf keinen Gegenstand für Finanzspekulationen bilden und nicht arbeitslosem Einkommen des Besitzers dienen. Land erwerben kann künftig nur, wer es selbst bewirtschaften will.

*Bei jedem Verkauf von Grund und Boden hat daher der Staat das Vorkaufsrecht.*

*Verpfändung von Grund und Boden an private Geldgeber ist verboten*.

Notwendige Betriebskredite zu günstigen Bedingungen erhält die Landwirtschaft durch ihre staatlich anerkannten berufsständischen Genossenschaften oder durch den Staat.

5. Für die Nutzung des deutschen Bodens hat der Besitzer eine nach Umfang und Beschaffenheit des Besitzes bemessene Abgabe an den Staat zu leisten. Durch diese Bodenertragssteuer wird eine weitere staatliche Besteuerung des landwirtschaftlichen Bodens und Betriebes hinfällig.

6. Bezüglich der *Größe der landwirtschaftlichen Betriebe* kann es keine schematische Regelung geben.

Eine große Zahl lebensfähiger, kleiner und mittlerer Bauernstellen ist vom bevölkerungspolitischen Standpunkte aus vor allem wichtig.

Daneben erfüllt aber auch der Großbetrieb seine besonderen *notwendigen* Aufgaben und ist *im gesunden Verhältnis* zum Mittel- und Kleinbetrieb berechtigt.

7. Das *Erbrecht* an Grund und Boden ist durch ein Anerbenrecht so zu regeln, daß eine Zersplitterung des Landbesitzes und eine Schuldenbelastung des Betriebes vermieden wird.

8. Der Staat hat das Recht der *Enteignung gegen angemessene Entschädigung*:

a) von Land, das nicht im Besitz deutscher Volksgenossen sich befindet;

b) von Land, das - nach Urteil des zuständigen Berufsstandsgerichtes - durch verantwortungslose Mißwirtschaft seines Besitzers nicht mehr der Versorgung des Volkes dient;

c) von Teilen des von den Besitzern nicht selbst bewirtschafteten Großgrundbesitzes zum Zwecke der Ansiedlung einer freien Bauernschaft;

d) von Land, das zugunsten der Volksgesamtheit für besondere staatliche Zwecke (z.B. Betriebseinrichtungen, Landesverteidigung) benötigt wird.

Unrechtmäßig (im Sinne des deutschen Rechtes) erworbener Boden wird unentgeltlich enteignet.

9. Eine planmäßige - nach großen, bevölkerungspolitischen Gesichtspunkten erfolgende - *Besiedlung* verfügbar gewordenen Landes ist Aufgabe des Staates.

Das Land soll den Siedlern als *Erblehen* zu Anfangsbedingungen zugeteilt werden, welche eine lebensfähige Wirtschaft möglich machen.

Die Auswahl der Bewerber erfolgt nach Prüfung ihrer staatsbürgerlichen und beruflichen Eignung zum Siedler. Die nicht erbberechtigten Söhne von Landwirten (siehe Ziffer 7) werden besonders berücksichtigt.

*Vor allem wichtig ist die Grenzland-Siedlung im Osten*. Diese ist aber nicht allein durch Schaffung von Bauernwirtschaften befriedigend zu lösen, sondern nur im Zusammenhang mit Entwicklung kaufkräftiger Landstädte in Verbindung mit einer Neugruppierung der Industriebetriebe. Dadurch wird erst die Absatzmöglichkeit geschaffen, welche die neugegründeten mittleren und kleineren Bauernbetriebe lebensfähig macht.

*Ernährungs- und Siedlungsraum im großen* für das wachsende deutsche Volk zu schaffen, ist Aufgabe der deutschen *Außenpolitik*.

4. *Der Bauernstand soll wirtschaftlich und kulturell gehoben werden*

Der Staat hat die Aufgabe, die *wirtschaftliche und kulturelle Hebung des Bauernstandes* entsprechend seiner Bedeutung für das ganze Volk zu fördern und dadurch eine Hauptursache der Landflucht zu beseitigen.

1. Zunächst muß die gegenwärtige drückende Notlage des Landvolkes durch *steuerpolitische Erleichterungen* und sonstige besondere Maßnahmen gemildert werden. Der weiteren Verschuldung der Landwirtschaft muß Einhalt getan werden durch *gesetzliche Herabsetzung des Zinsfußes* für das Leihkapital auf das Maß der Vorkriegszeit *und durch schärfstes Einschreiten gegen Zinswucher*.

2. Der Staat hat durch seine *Wirtschaftspolitik* dafür zu sorgen, daß die landwirtschaftliche Erzeugung sich wieder

lohnt.

Die heimische landwirtschaftliche Erzeugung ist durch *Zölle, staatliche Regelung der Einfuhr und eine zielbewußte nationale Erziehung* zu schützen.

Die *Preisgestaltung* für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse muß der börsenmäßigen Spekulation entzogen und die Ausbeutung der Landwirte durch den Großhandel unterbunden werden. Die Übernahme des Großhandels mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen durch landwirtschaftliche Genossenschaften ist staatlich zu fördern.

Die *berufsständischen Organisationen der Landwirtschaft* haben die Aufgabe, die *Gestehungskosten* für die Landwirte *zu mindern* und die *Erzeugung zu steigern.* (Lieferung von landwirtschaftlichen Maschinen, Düngemittel, Saatgut, Zuchtvieh zu günstigen Bedingungen, Meliorationen, Schädlingsbekämpfung, kostenlose landwirtschaftliche Beratung und chemische Bodenuntersuchung usw.) Bei Erfüllung dieser Aufgaben sind die berufsständischen Organisationen durch den Staat weitgehend zu unterstützen. Insbesondere muß das Eingreifen des Staates eine wesentliche Verbilligung der künstlichen Düngemittel und der elektrischen Kraft erzwingen.

3. Die berufsständischen Organisationen haben auch die Verpflichtung, die Berufsgruppe der *Landarbeiter* durch sozial gerechte Arbeitsverträge in die bäuerliche Berufsgemeinschaft fest einzugliedern. Dem Staate fällt das Aufsichtsrecht und oberste Schiedsrichteramt zu.

Der tüchtige Landarbeiter muß die *Aufstiegsmöglichkeit* zum Siedler erhalten.

Die notwendige *Verbesserung der Wohnverhältnisse und Löhne* für die Landarbeiter wird um so rascher und durchgreifender erfolgen können, je mehr sich die Lage der gesamten Landwirtschaft verbessert. Durch die Verbesserung der Lage der heimischen Landarbeiter und durch die Unterbindung der Landflucht wird ein *Heranziehen ausländischer Landarbeiter unnötig und deshalb künftig verboten*.

4. Die Bedeutung des Bauernstandes für das Volk erfordert staatliche und berufsständische Förderung der

Fachausbildung und *Wiederbelebung der bäuerlichen Kultur*. (Landjugendheime, Bauernhochschulen mit weitgehender Vergünstigung für *mittellose*, begabte Landjugend.)

5. *Berufsständische Wirtschafts-Organisationen können dem Bauernstande nicht durchgreifend helfen, sondern nur die politische deutsche Freiheitsbewegung der NSDAP*.

*Die gegenwärtige Not des Landvolkes ist ein Teil der Not des ganzen deutschen Volkes*.

Es ist ein Irrsinn zu glauben, daß ein einzelner Berufsstand sich aus der deutschen Schicksalsgemeinschaft ausschließen kann, und ein Verbrechen, Landvolk und Städter gegeneinander zu hetzen, die beide doch auf Gedeih und Verderb miteinander verbunden sind.

*Wirtschaftliche Aushilfen im Rahmen des herrschenden politischen Systems können keine durchgreifende Verbesserung bringen; denn die Not des deutschen Volkes wurzelt in seiner politischen Versklavung, aus der nur politische Mittel befreien können*.

Die bisher regierenden alten, politischen Parteien, die unser Volk in die Versklavung geführt haben, können nicht Führer auf dem Wege zur Befreiung sein.

*Berufsständische Organisationen* haben in unserem zukünftigen Staate *wirtschaftliche* Aufgaben zu erfüllen und können in diesem Sinne schon heute vorbereitende Arbeit leisten, für den politischen Befreiungskampf aber, der auch für eine neue Wirtschaftsordnung erst die Voraussetzung schaffen muß, sind sie ungeeignet; denn dieser Kampf kann nicht vom Standpunkt eines einzelnen Berufsstandes, sondern muß vom Standpunkt des Gesamtvolkes aus geführt werden.

*Den Freiheitskampf gegen unsere Unterdrücker und deren Fronvögte erfolgreich führen kann nur eine politische*

*Freiheitsbewegung, die, bei voller Würdigung der Bedeutung des Landvolkes und der Landwirtschaft für das Volksganze, die Deutschbewußten aller Stände und Schichten des deutschen Volkes zusammenfaßt.*

*Diese politische Freiheitsbewegung des deutschen Volkes ist die NSDAP.*

gez. Adolf Hitler.

# 2. Die 25 Punkte

Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter-Partei - im Vereinsregister als "Nationalsozialistischer Deutscher Arbeiter-Verein" eingetragen - hat am 25. Februar 1920 in einer gewaltigen Massenversammlung im Hofbräu-Festsaal in München ihr Programm der Öffentlichkeit übergeben.

Die Satzung unserer Partei bezeichnet in § 2 dieses Programm als unabänderlich. Es lautet:

## *Programm*

## der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei

Das Programm der Deutschen Arbeiterpartei ist ein Zeit-Programm. Die Führer lehnen es ab, nach Erreichung der

im Programm aufgestellten Ziele neue aufzustellen, nur zu dem Zwecke, um durch künstlich gesteigerte Unzufriedenheit der Massen das Fortbestehen der Partei zu ermöglichen.

1. Wir fordern den Zusammenschluß aller Deutschen auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker zu einem Groß-Deutschland.

2. Wir fordern die Gleichberechtigung des deutschen Volkes gegenüber den anderen Nationen, Aufhebung der Friedensverträge von Versailles und St. Germain.

3. Wir fordern Land und Boden (Kolonien) zur Ernährung unseres Volkes und Ansiedlung unseres Bevölkerungs-Überschusses.

4. Staatsbürger kann nur sein, wer Volksgenosse ist. Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist, ohne Rücksichtnahme auf Konfession. Kein Jude kann daher deutscher Volksgenosse sein.

5. Wer nicht Staatsbürger ist, soll nur als Gast in Deutschland leben können und muß unter Fremdengesetzgebung stehen.

6. Das Recht, über Führung und Gesetze des Staates zu bestimmen, darf nur dem Staatsbürger zustehen. Daher fordern wir, daß jedes öffentliche Amt, gleichgültig welcher Art, gleich ob im Reich, Land oder Gemeinde, nur durch Staatsbürger bekleidet werden darf.

Wir bekämpfen die korrumpierende Parlamentswirtschaft einer Stellenbesetzung nur nach Parteigesichtspunkten ohne Rücksicht auf Charakter und Fähigkeiten.

7. Wir fordern, daß sich der Staat verpflichtet, in erster Linie für die Erwerbs- und Lebensmöglichkeit der Staatsbürger zu sorgen. Wenn es nicht möglich ist, die Gesamtbevölkerung des Staates zu ernähren, so sind die Angehörigen fremder Nationen (Nicht-Staatsbürger) aus dem Reiche auszuweisen.

8. Jede weitere Einwanderung Nicht-Deutscher ist zu verhindern. Wir fordern, daß alle Nicht-Deutschen, die seit 2. August 1914 in Deutschland eingewandert sind, sofort zum Verlassen des Reiches gezwungen werden.

9. Alle Staatsbürger müssen gleiche Rechte und Pflichten besitzen.

10. Erste Pflicht jedes Staatsbürgers muß sein, geistig oder körperlich zu schaffen. Die Tätigkeit des einzelnen darf nicht gegen die Interessen der Allgemeinheit verstoßen, sondern muß im Rahmen des Gesamten und zum Nutzen aller erfolgen.

*Daher fordern wir*:

11. Abschaffung des arbeits- und mühelosen Einkommens.

**Brechung der Zinsknechtschaft**.

12. In Hinblick auf die ungeheuren Opfer an Gut und Blut, die jeder Krieg vom Volke fordert, muß die persönliche Bereicherung durch den Krieg als Verbrechen am Volke bezeichnet werden. Wir fordern daher restlose Einziehung aller Kriegsgewinne.

13. Wir fordern die Verstaatlichung aller (bisher) bereits vergesellschafteten (Trusts) Betriebe.

14. Wir fordern Gewinnbeteiligung an Großbetrieben.

15. Wir fordern einen großzügigen Ausbau der Alters-Versorgung.

16. Wir fordern die Schaffung eines gesunden Mittelstandes und seine Erhaltung, sofortige Kommunalisierung der

Groß-Warenhäuser und ihre Vermietung zu billigen Preisen an kleine Gewerbetreibende, schärfste Berücksichtigung aller kleinen Gewerbetreibenden bei Lieferung an den Staat, die Länder oder Gemeinden.

17. Wir fordern eine unseren nationalen Bedürfnissen angepaßte Bodenreform, Schaffung eines Gesetzes zur unentgeltlichen Enteignung von Boden für gemeinschaftliche Zwecke. Abschaffung des Bodenzinses und Verhinderung jeder Bodenspekulation[1]).

18. Wir fordern den rücksichtslosen Kampf gegen diejenigen, die durch ihre Tätigkeit das Gemeininteresse schädigen. Gemeine Volksverbrecher, Wucherer, Schieber, usw. sind mit dem Tode zu bestrafen, ohne Rücksicht auf Konfession und Rasse.

19. Wir fordern Ersatz für das der materialistischen Weltordnung dienende römische Recht durch ein deutsches Gemeinrecht.

20. Um jeden fähigen und fleißigen Deutschen das Erreichen höherer Bildung und damit das Einrücken in führende Stellung zu ermöglichen, hat der Staat für einen gründlichen Ausbau unseres gesamten Volksbildungswesens Sorge zu tragen. Die Lehrpläne aller Bildungsanstalten sind den Erfordernissen des praktischen Lebens anzupassen. Das Erfassen des Staatsgedankens muß bereits mit dem Beginn des Verständnisses durch die Schule (Staatsbürgerkunde) erzielt werden. Wir fordern die Ausbildung besonders veranlagter Kinder armer Eltern ohne Rücksicht auf deren Stand oder Beruf auf Staatskosten.

21. Der Staat hat für die Hebung der Volksgesundheit zu sorgen durch den Schutz der Mutter und des Kindes, durch Verbot der Jugendarbeit, durch Herbeiführung der körperlichen Ertüchtigung mittels gesetzlicher Festlegung einer Turn- und Sportpflicht, durch größte Unterstützung aller sich mit körperlicher Jugend-Ausbildung beschäftigenden Vereine.

22. Wir fordern die Abschaffung der Söldnertruppe und die Bildung eines Volksheeres.

23. Wir fordern den gesetzlichen Kampf gegen die *bewußte* politische Lüge und ihre Verbreitung durch die Presse. Um die Schaffung einer deutschen Presse zu ermöglichen, fordern wir daß:

a) sämtliche Schriftleiter und Mitarbeiter von Zeitungen, die in deutscher Sprache erscheinen, Volksgenossen sein müssen,

b) nichtdeutsche Zeitungen zu ihrem Erscheinen der ausdrücklichen Genehmigung des Staates bedürfen. Sie dürfen nicht in deutscher Sprache gedruckt werden,

c) jede finanzielle Beteiligung an deutschen Zeitungen oder deren Beeinflussung durch Nicht-Deutsche gesetzlich verboten wird und fordern als Strafe für Übertretungen die Schließung eines solchen Zeitungsbetriebes, sowie die sofortige Ausweisung der daran beteiligten Nicht-Deutschen aus dem Reich.

Zeitungen, die gegen das Gemeinwohl verstoßen, sind zu verbieten. Wir fordern gesetzlichen Kampf gegen eine Kunst- und Literatur-Richtung, die einen zersetzenden Einfluß auf unser Volksleben ausübt und die Schließung von Veranstaltungen, die gegen vorstehende Forderungen verstoßen.

24. Wir fordern die Freiheit aller religiösen Bekenntnisse im Staat, soweit sie nicht dessen Bestand gefährden oder gegen das Sittlichkeits- und Moralgefühl der germanischen Rasse verstoßen.

Die Partei als solche vertritt den Standpunkt eines positiven Christentums, ohne sich konfessionell an ein bestimmtes Bekenntnis zu binden. Sie bekämpft den jüdisch-materialistischen Geist *in* und *außer* uns und ist überzeugt, daß eine dauernde Genesung unseres Volkes nur erfolgen kann von *innen* heraus auf der Grundlage:

**Gemeinnutz vor Eigennutz**.

25. Zur Durchführung alles dessen fordern wir: Die Schaffung einer Zentralgewalt des Reiches. Unbedingte Autorität des politischen Zentralparlaments über das gesamte Reich und seine Organisationen im allgemeinen.

Die Bildung von Stände- und Berufskammern zur Durchführung der vom Reich erlassenen Rahmengesetze in den einzelnen Bundesstaaten.

Die Führer der Partei versprechen, wenn nötig unter Einsatz des eigenen Lebens für die Durchführung der vorstehenden Punkte rücksichtslos einzutreten.

*München*, den 24. Februar 1920.

In vollster Überlegung hat die Generalmitglieder-Versammlung am 22. Mai 1926 beschlossen: "Dieses Programm ist unabänderlich." Es heißt dies nicht etwa, daß jedes Wort genau so stehen bleiben muß, wie es steht, es heißt auch nicht, daß eine Arbeit an der Vertiefung und dem Ausbau des Programms verboten sein soll, es heißt dies aber mit aller Entschiedenheit und unbeugsamer Deutlichkeit: *An den Grundlagen und Grundgedanken dieses Programms darf nicht gerüttelt werden*.

Es gibt kein Drehen und Wenden aus etwaigen Nützlichkeitserwägungen, es gibt kein Versteckspielen mit wichtigsten, der heutigen Staats-, Gesellschafts- und wirtschaftsordnung besonders unangenehmen Programmpunkten und es gibt kein Schwanken in der Gesinnung.

Die beiden Eckpfeiler des Programms sind auch äußerlich von Adolf Hitler durch *Sperrdruck* <kursiv> herausgehoben worden.

*Gemeinnutz vor Eigennutz, das ist die Gesinnung dieses Programms, und*

*Brechung der Zinsknechtschaft ist das Herzstück des Nationalsozialismus*.

Beide Punkte zusammen erreicht, bedeuten den Sieg der heraufziehenden universalistischen Gesellschaftsordnung des "*wahren Staates*" über die heutige Zersetzung von Staat, Volk und Wirtschaft unter dem verderblichen Einfluß der heute geltenden individualistischen Vorstellung vom Bau der Gesellschaft. Der heutige Unstaat mit seiner

Unterdrückung der arbeitenden Klassen, dem Schutz des Raubeigentums der Bank- und Börsenschieber ist der Tummelplatz rücksichtslosester privater Bereicherung, gemeinsten politischen Schieber- und Strebertums geworden; es gibt keine Rücksicht auf den Nächsten, den Volksgenossen, kein höheres sittliches Band; die brutalste Macht, die Geldmacht, herrscht schrankenlos und wirkt ihren verderblichen, zerstörenden Einfluß auf Staat, Volk, Gesellschaft, Kultur, Sitte, Theater, Schrifttum und alle sittlichen Unwägbarkeiten aus.

In diesem Riesenkampf darf es natürlich kein Schwanken, keine Änderung, kein Zurückweichen geben, - hier gibt es eben nur Sieg oder Untergang.

Eine etwas andere Fassung der genau gleichen Grundgedanken, wie ich sie in meinem Buche "Der deutsche Staat auf nationaler und sozialer Grundlage"2) gegeben habe, ist keine Abänderung, sondern nur eine gewisse Ordnung und Zusammenfassung verschiedener zusammengehöriger Punkte nach den verschiedenen zusammengehörigen politischen, wirtschaftlichen, finanziellen, kulturpolitischen usw. Lebenskreisen.

Würde diese meine Fassung (Wortlaut siehe S. 20) als Abänderung gelten oder gegen die 25 Punkte ausgespielt werden können, so hätte Hitler gewiß nicht in meinem Buch in seinem kurzen, knappen Vorwort den "*Katechismus unserer Bewegung*" genannt. Es mag daher jeder nach Geschmack eine der beiden Fassungen bevorzugen oder beide nebeneinander gebrauchen, er wird und kann sich nie in Widersprüche verwickeln.

Um für die Zukunft die unbedingte Einheitlichkeit unseres programmatischen Wollens zu gewährleisten und die Gesamtbewegung vor den gefährlichsten Erschütterungen zu bewahren, die eine Bewegung treffen kann, eben den andauernden "Verbesserungsvorschlägen" berufener oder nicht berufener Kritiker, Nörgler und Besserwisser, hat Adolf Hitler auf der am 14. Februar 1926 nach Bamberg einberufenen Reichskonferenz sämtlicher Gauleiter Pg. Gottfried Feder die letzte Entscheidung übertragen über alle Fragen, die sich auf das Programm beziehen.

# 3. Die Grundgedanken

Es kann nicht die Aufgabe dieses Heftes sein, sich eingehender mit den soziologischen, staatsphilosophischen, den geistigen und strukturellen Grundlagen der nationalsozialistischen Staatsidee zu befassen, dies wird die Sonderaufgabe eines späteren Heftes dieser Schriftenreihe sein, sondern möglichst einfach und schlicht die wesentlichen Grundgedanken herauszuschälen.

Auch muß hier darauf verzichtet werden, sich mit den verschiedenen anderen politischen Bestrebungen und deren Vertreter in Parteien und Verbänden auseinanderzusetzen, – auch dies wird Aufgabe einer eigenen Arbeit sein müssen – sondern zunächst einmal die Kernpunkte unseres Wollens darzustellen.

Aus dem Chaos entsprang die Welt, aus dem Ungeordneten die Ordnung, aus dem wilden Wirbel das Organische.

Chaos herrscht heute auf Erden, Verwirrung, Kampf, Haß, Neid, Streit, Unterdrückung, Ausbeutung, Roheit, Selbstsucht. Der Bruder versteht den Bruder nicht mehr. Volksgenossen fallen übereinander her, prügeln einen zu Tode, nur weil dieser ein Hakenkreuz trägt. Sie tragen alle gleiche Last, gleiche Entbehrung, aber wo hat man in den letzten Monaten gehört, daß marxistische Arbeiter ihre Arbeitgeber, oder ihre Parteibonzen, oder gar einmal einen der großen Blutsauger von Bank und Börse, oder einen Großschieber überfallen und zu Tode geschlagen hätten? Die Opfer des Chaos waren einfache, schlichte, brave Arbeiter. Verwirrt sind die Hirne, die Marxisten scharen sich um die größten Ausbeuter ihrer eigenen Klasse und wenden sich verhetzt und vertiert gegen ihre Retter aus ihren eigenen Reihen.

*Die Nationalsozialisten, vaterländischen Kreise, Rechtsparteien* – streben in die Regierung oder sitzen darin mit den Verneinern und Zerstörern ihres Staatsideals und verlieren dabei Ehre und Charakter. Die Wehrverbände wollen "hinein in den Staat", in den Staat der Severing und Grzesinsky.– Mit Pazifisten, Internationalisten, Juden glauben sie zusammen regieren zu können.

Verwirrt sind die Hirne! Die sog. Rechtskreise sehen nicht, daß es niemals Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen Adler und Schlange, zwischen Rind und Löwe, zwischen Mensch und Cholerabazillus geben kann und geben wird – so stützen sie mit ihren Kräften, mit ihrem Willen zur Form, die zur "Ordnung" gewordene Unordnung, das politische Chaos, die politische Ohnmacht. - Aber sie stellten sich gegen die Nationalsozialisten, gegen diese "Fanatiker", sie stoßen, als vermeintliche "Realpolitiker" die Retter aus dem politischen Chaos von sich, sie nicht minder hassend - obgleich verwandt sich fühlend – aber voll innerer wahnsinniger Angst, die Nationalsozialisten möchten ihnen etwas nehmen von ihren früheren Vorrechten oder Stellungen -, sie vergessen dabei, daß sie alles verloren haben durch diejenigen, von denen sie nun Anteil an den staatlichen Futtergrippen begehren!

Die *Wirtschaft*, ob groß oder klein, Schwerindustrie oder Kleingewerbetreibender, kennen nur ein Ziel: "Profit", sie haben nur eine Sehnsucht: "Kredit", nur eine Aufwallung: die "gegen die Steuern", nur eine Furcht und namenlose Hochachtung: die "vor den Banken" und nur ein überlegenes Achselzucken über die nationalsozialistischen Forderung der "Brechung der Zinsknechtschaft".

Alle drängen sich danach, "*Schulden* zu machen". Die maßlosen Wuchergewinne der Banken, die ohne Müh und Arbeit, als Tribut vom Leihkapital erpreßt werden, findet man durchaus in der Ordnung. Man gründet eigene "Wirtschaftsparteien" und stimmt für die Dawesgesetze, die die Grundursache für die maßlosen Steuerlasten sind. Man stürzt sich in tiefe Zinsknechtschaft, schimpft über Steuern und Zinsen und erstirbt vor Hochachtung vor jedem Bankier und Börsenpriaten.

Verwirrt sind die Hirne! Die Ganze Wirtschaft ist entedelt, entpersönlicht, in Aktiengesellschaften umgewandelt worden. Die Schaffenden haben sich selbst ihren größten Feinden in die Hände gegeben, dem Finanzkapital. Tief verschuldet, bleibt den Werteschaffenden in Werkstatt, Fabrik und Kontor nur karger Lohn, jeder Gewinn der Arbeit fließt in die Taschen der anonymen Geldmacht als Zins und Dividende.

Die Leute, die die wirtschaftliche Vernunft in Pacht genommen haben, wissen das entstandene Chaos nicht zu

bändigen. Von oben ausgepreßt durch Steuern und Zinsen, von unten bedroht durch das unterirdische Grollen der betrogenen Arbeitermassen, haben sie sich in wahnwitziger Verblendung dem Finanzkapital und seinem "Staat" an den Hals geworfen und werden von den Nutznießern und Ausbeutern des heutigen Chaos doch nur als Sklavenhalter über die Massen des arbeitenden Volkes geduldet. Aber nicht gegen die Schächter der deutschen Wirtschaft wendet sich ihr Zorn, nicht gegen marxistischen Wahnwitz – nein, gegen die Hakenkreuzler. Man vergißt, daß wir es einzig und allein waren, die die Tragödie der deutschen Wirtschaft kommen sahen, voraussagten und rechtzeitig Wege gewiesen hatten, wie aus eigener Kraft die Wiederaufrichtung der gesamten Wirtschaft erfolgen kann.

Verbände, Interessengruppen, Berufs-, Beamten-, Angestelltenverbände, Sparerschutz-, Kleinrentner-, Reichsbankgläubigerverbände, Wehrverbände, Kriegervereine, Innungen, Vereine, Genossenschaften, Gewerkschaften, Bauern- und Land-Bünde, Klubs, und was noch für Namen derartige seltsame Körperschaften führen mögen – *vernünftig im Grundgedanken* – sinnlos im Chaos des heutigen öffentlichen Lebens, bemühen sich Ordnung zu machen. Vergeblich, weil nirgends organisch in die Gesellschaft, in die höhere Ganzheit des Volkes eingegliedert. Alle nur erpicht auf die Erringung kleiner Vorteile für die eigene Kaste, die eigene Klasse, bar jedes großen politischen oder wirtschaftlichen Leitgedankens, hilflos sich an möglichst viele politische Parteien wendend, anerkennend die nun einmal gegebene Staatswirtschaftsform, gehorsam und knechtselig gegen die sogenannte Obrigkeit.

Sie kosten zwar dem deutschen Volke unendliche Summen, füttern zahlreiche Syndizi, Verbandsleiter, Direktoren und "Gschaftlhuber", aber nützen können sie alle miteinander nicht das Geringste. *Eine* verbrecherische Revolutionsmaßnahme – die Inflation - beraubt alle Kassen, beraubt die Sparer, Vereinsmitglieder, Genossen, Gewerke. Ein Steuergesetz, eine Maßnahme vom grünen Tisch, zerstört die Hoffnung jahrelanger Arbeit – ein Vorteil auf der einen Seite nach unendlichen Versammlungen, Besprechungen, Eingaben, Vorstellungen bei Regierung und Reichstag erreicht, erschachert, – ist meist längst inzwischen überholt durch steigende Teuerung, steigende oder fallende Preise.

Chaos und Wirrnis! – Die Gehirne sind verwirrt: wie kann der Bauer leben, wenn er geschunden und geplagt wird;

wie kann der Arbeiter kaufen, wenn der Zwischenhandel die Preise verteuert, was nützen Beamten und Angestellten die endlich erreichten Gehalts- und Lohnerhöhungen, wenn inzwischen der Lebenshaltungsindex prozentual viel höher gestiegen ist. Aber gläubig starrt man auf die Hilfe des Staates, auf den Staat, den Träger der Verarmung und Niederhaltung der Bevölkerung, der alles andere, nur nicht "Vater Staat", sondern Zwingherr und Zins- und Steuereintreiber für die Geldherrschaft ist.

So wendet man sich immer wieder an die alten Parteien, selbst erklärt man sich als "unpolitisch, überparteilich" und liefert sich damit erst recht der elendesten Parteipolitik aus.

Das gleiche fürchterliche Bild des Chaos bei allen übrigen Erscheinungsformen des öffentlichen Lebens, ob Kunst, Literatur, Theater, Kino, Radio, Kirche, Schule, überall das "Ferment der Dekomposition", der große Zersetzer und Zerstörer, der Jude und Freimaurer, sichtbar an den wichtigsten Stellen oder unsichtbar hinter den Kulissen als Drahtzieher der Puppen, die als Strese- oder Scheidemänner auf der öffentlichen Bühne tanzen, oder unverhüllt als Jakob Goldschmidt, Warburg, Wassermann, Levy u.a., die das deutsche Volk mit Presse und Zinspeitsche verblöden und ausbeuten.

**Der Wille zur Form, der Wille, das Chaos zu entwirren, die aus den Fugen gegangene Welt wieder in Ordnung zu bringen und als Wächter (in höchstem platonischen Sinn) der Ordnung zu walten - das ist die ungeheure Aufgabe, die sich der Nationalsozialismus gestellt hat**.

Es muß hier ausdrücklich bemerkt werden, daß weder die scheinbare äußere Ordnung eines Polizeistaates, noch die gewohnheitsmäßigen Übungen und gesetzlich zulässigen Raubzüge des Finanzkapitals, noch die Abreden der Syndikate und Trusts und andere "organisierte" Maßnahmen des allgemeinen Volksbetruges von uns als "Ordnung" anerkannt werden, auch wenn sie noch so gut "funktionieren". Auch eine Räuberbande hat ihre "Ordnung", ein Zuchthaus "seine Zuchthausordnung". Aber vom Standpunkt eines organisch gegliederten Volksganzen aus gesehen, sind fast alle Erscheinungen unseres gesamten öffentlichen Lebens in höchstem Maße gequält, unfrei, gedrückt, unwahrhaftig, und geben, von oben aus gesehen, ein völlig verwirrtes, chaotisches Bild, das Bild eines Kampfes aller gegen alle.

Regierung gegen das Volk, Parteien gegen Parteien, dabei die seltsamsten und unmöglichsten Bündnisse schließend, Parlamente gegen Regierungen, Arbeitnehmer gegen Arbeiter, Verbraucher gegen Erzeuger, Händler gegen Erzeuger und Verbraucher, Hausbesitzer gegen Mieter, Arbeiter gegen Bauern, Beamte gegen das Publikum, Arbeiterklasse gegen "Bourgeoisie!, Kirche gegen Staat, alle blindwütig auf den derzeitigen Gegner einschlagend, alle nur eines im Auge – ihr eigenes persönliches Interesse, ihre Machtstellung, ihren *Eigennutz*, die Interessen ihres Geldbeutels.

Keiner daran denkend, daß auch der andere sein Lebensrecht habe, nicht bedenkend, daß die rücksichtslose Verfolgung des *Eigennutzes* nur auf Kosten der anderen erreicht werden kann, kein Gedanke an das Wohlergehen des Volksgenossen, kein Blick auf die höheren Pflichten der Allgemeinheit gegenüber, kein Halten in dem atemlosen Jagen nach persönlicher Bereicherung. Ellenbogen dem Nebenmann in den Magen gestoßen, um vorwärts zu kommen, über Leichen schreiten, wenn es nur Nutzen verspricht – was Rücksicht nehmen? Das ist die moderne Wirtschaftsgesinnung.

So jagt und tobt und brüllt und schreit die Menge, so stößt und zerrt, tritt und schlägt zu Boden der Stärkere den Schwächeren, der Gemeinere den Anständigen, der Brutalere den Edlen, – Genußgier erschlägt Gesittung, Gewalttat triumphiert über Recht, Parteiinteresse über Allgemeinwohl, Lumperei, Schiebung und Betrug siegt über ehrliche Arbeit.

Ein grauenvoller Kampf aller niederen Instinkte ward noch nie erhört, man ist unwillkürlich versucht, an die alten Weissagungen von der Götterdämmerung zu denken, "da Recht und Sitte zerbrach, Wolfzeit und Beilzeit anbrach; das Meer rast, Feuer fällt vom Himmel und Götter und Menschen vergehen".

Täuschen wir uns nicht: wir stehen wirklich inmitten einer Weltwende, und es ist begreiflich, daß der einfache Sinn, der arme verwirrte Geist aus dem heutigen Chaos keinen Ausweg mehr sieht, verzweifelt den Tod sucht oder das Ende der Welt nahe glaubt, oder selbst den wahnwitzigen Tanz ums goldene Kalb mitrast und, alle Bande vergessend, sich gleichfalls in den tollen Strudel stürzt. "Genieße solange du kannst – nach uns die Sintflut!"

Eine so fürchterlich tiefe Erschütterung des Gefüges eines Volkes ist nur möglich und erklärlich, wenn die *geistigen Grundlagen* der gesamten Gesellschaft zerrüttet oder falsch sind – und in der Tat sehen wir, daß Marxisten und Kapitalisten, Wirtschaftler und Leiter des öffentlichen Lebens ganz gleichheitlich der gleichen Weltanschauung huldigen, – dem *Individualismus. Der persönliche Nutzen ist die einzige Triebfeder, der Vorteil* für den engen Kreis der eigenen Klasse, Berufsvertretung ist das einzige Ziel.

Auch hier muß ich auf eine spätere Arbeit dieser Schriftenreihe verweisen, die sich grundlegend mit diesen letzten soziologischen Fragen des Aufbaus der Gesellschaft befassen will.

Hier soll nur im Vorbeigehen der Versuch gemacht werden, an einem Gleichbild den grundlegenden Unterschied aufzuzeigen zwischen dem Gefüge bzw. dem Fehlen eines organischen Gefüges im heutigen Staat und der heutigen Wirtschaft und dem Aufbau eines nationalsozialistischen Staates. Die zur Zeit herrschende Lehre lautet: Die Gesellschaft ist eine *Summe* der einzelnen Menschen, der Staat im besten Sinne ein Zweckverband verschiedener Einzelpersönlichkeiten oder Verbände.

Im Gleichbild entspricht dieser Lehre vom Bau der Gesellschaft ein *Steinhaufen*; in ihm sind tatsächlich die einzelnen Steine und Steinbrocken das einzig Reale, die äußere Form etwas Zufälliges, ob der eine Stein oben oder unten liegt, ist für den Steinhaufen gleichgültig – er bleibt immer ein Steinhaufen, bestehend mechanisch aus soundso viel einzelnen Steinen.

Und nun zum Gleichbild des Staates, der unserer nationalsozialistischen Gesellschaftslehre und Staatsphilosophie entspricht: *Das Haus*. Auch das Haus besteht mechanistisch, individualistisch gesehen, aus soundso viel Ziegelsteinen, Kies, Zement, Balken, Fenstern, Türen, Böden usw. usw. Aber es leuchtet doch jedermann ein, daß ein Haus, ein Raum etwas Höheres, Eigengesetzliches, etwas Neues, eine eigene, höhere Ganzheit ist, als nur eine Summe, ein Haufen von Ziegelsteinen usw. Jedermann begreift, daß ein Haus nicht entsteht nur durch das zufällige Zusammenfahren von soundsoviel Einzelteilen, sondern nur, wenn diese Einzelteile nach einem *Plan sinnvoll* zusammengefügt werden. Dann entsteht erst das Neue, Größere, gewissermaßen der geistige Überbau.

So auch im Volk: erst wenn das Chaos sinnvoll – organisch – geordnet wird, wenn nach bestimmten Plänen aus dem Chaos die Form wird, aus der bloßen Masse ein sinnvoll gegliedertes Ganzes, erst dann erstehen gewissermaßen die Einzelteile erst zu wirklichem sinnvollen Leben, erst dann entsteht – *der wahre Staat*. Mit unübertrefflicher Meisterschaft hat Othmar *Spann*, Wien, der frühere Rektor der Wiener Universität in seinem Buche "Der wahre Staat" und in seiner "Gesellschaftslehre" die soziologischen Grundlagen des heutigen individualistisch gebauten Staates im Gegensatz zu dem Hochziel der universalistischen Ordnung der Gesellschaft wissenschaftlich begründet.

Wir Nationalsozialisten haben schlicht und einfach die jedermann verständliche Formel dafür geprägt:

**Gemeinnutz vor Eigennutz**.

Erst im Dienst der Allgemeinheit, erst als dienendes Glied im Rahmen des Volksganzen, erwacht der einzelne zu höherem Leben, erst so wird er – jeder an seinem Platze – wahrhaftig eingegliedert in die höhere Ganzheit seines Volkes, erst *so* begriffen, gewinnt der echte Sozialismus = der *Gemeinsinn*, wahres Leben. Nur unter der Herrschaft dieses Grundgedankens wird der einzelne das Gefühl der Geborgenheit gewinnen und erkennen, daß nur unter dieser beherrschenden Idee aus der heutigen Raubwirtschaft eine reichgegliederte, organische Volkswirtschaft entstehen kann, zum Nutzen der Gesamtheit - und damit auch zum Nutzen jedes einzelnen.

Heute ist der einzelne eine hilflose Beute der verschiedenen um die Herrschaft ringenden Kräfte, seine Zusammenschlüsse nützen ihm nichts. Nirgends wird der wahre Feind, der Nutznießer und Ausbeuter klar und richtig erkannt.

Trotz allem antikapitalistischen Geschrei der Marxisten, trotz den frommen Sprüchen des Zentrums, trotz dem Gezeter der Wirtschaft über Steuer- und Zinslasten - kein klares Erkennen des *Weltfeindes: des den Erdkreis überschattenden Großkapitals und seines Trägers, des Juden*.

Das Volk in allen seinen Berufsständen bekommt die Zinspeitsche zu schmecken, jeder Bevölkerungsschicht sitzt

der Steuereintreiber im Nacken, - aber wer wagt der *Allmacht des Bank- und Börsenkapitals* entgegenzutreten? Diese Allmacht des Leihkapitals zeigt sich darin, daß es, entgegen allen sonstigen irdischen Erfahrungen, *ohne Mühe und Arbeit durch Zins, Dividende und Rente* aus sich selbst heraus gewissermaßen wächst, immer größer und gewaltiger wird. Der teuflische Grundsatz der Lüge siegt über den Ordnungsgrundsatz der schaffenden Arbeit.

**Brechung der Zinsknechtschaft** heißt hier unser Feldgeschrei.

Ich weiß, daß gerade diese Grundforderung auch in unseren eigenen Reihen nicht in ihrer ungeheueren und grundlegenden Bedeutung richtig erfaßt und begriffen wird. Man sieht es z.B. daran, wie wenige unserer Redner sich an diese Kernfrage heranwagen. Wohl fühlen die meisten, daß es die Kernfrage ist, wohl gehört in den Sprachschatz unserer Parteigenossen: "Der Kampf gegen das Börsen- und Leihkapital." Aber worin die "Zinsknechtschaft" eigentlich besteht, wie sie sich praktisch im Leben des einzelnen und der Nation auswirkt, welche finanztechnischen Vorgänge die Bevölkerung zu "Zinssklaven" macht, oder gar welche praktischen Maßnahmen geeignet sind, die *Brechung der Zinsknechtschaft* durchzuführen, und welches die Folgen der Brechung der Zinsknechtschaft für die gesamte Bevölkerung sein werden, – das ist den wenigsten so klar, daß sie es mit eigenen Worten dem Frager auseinandersetzen könnten.

*Adolf Hitler* hat in seinem grundlegenden Werke "Mein Kampf" Band I, Seite 224/225 die alles überragende Bedeutung dieser Frage mit folgenden Ausführungen gekennzeichnet: "Als ich den ersten Vortrag Gottfried Feders über die `Brechung der Zinsknechtschaft´ anhörte (Juni 1919 D.V.), wußte ich auch sofort, daß es sich hier um eine theoretische Wahrheit handelt, die von immenser Bedeutung für die Zukunft des deutschen Volkes werden wird ... **Der Kampf gegen das internationale Finanz- und Leihkapital ist zum wichtigsten Programmpunkte des Kampfes der deutschen Nation um ihre Unabhängigkeit und Freiheit geworden."**

Alle wirklich ernsten Nationalsozialisten teilen diese Überzeugung, denn die Lösung dieser Frage bedeutet im Grunde genommen die ins verstandesmäßige übersetzte *Lösung der Judenfrage*, – und darüber hinaus noch weit mehr.

*Antisemitismus* ist gewissermaßen der *gefühlsmäßige Unterbau* unserer Bewegung. Jeder Nationalsozialist ist Antisemit, aber nicht jeder Antisemit wird Nationalsozialist werden. Antisemitismus ist etwas rein Verneinendes, der Antisemit hat zwar den Träger der Völkerpest erkannt, aber meist wandelt sich diese Erkenntnis nur in persönlichen Haß gegen den einzelnen Juden und gegen die Erfolge der Juden im Wirtschaftsleben. Im besten Falle hebt sich der Antisemitismus dann zu der Forderung der Entfernung der Juden aus unserem Staats- und Wirtschaftsleben. Über das *Wie* und "Was dann" macht sich der Antisemit meist gar kein Kopfzerbrechen.

Würden die geistigen Grundlagen der heutigen Judenherrschaft: "Eigennutz vor Gemeinnutz" und ihre stofflichen Machtmittel, das System der jüdischen Bank-, Anleihe- und Kreditwirtschaft bestehen bleiben, auch nach der Austreibung der Juden, so würden sich genug Judenbastarde oder auch "Normaldeutsche" in ihrer elenden Rassenmischung finden – an die Stelle der Juden treten, und sie würden gegen das eigene Volk nicht geringer wüten, als es heute die artfremden Juden tun, - und vielleicht würden wir sogar manchen "Antisemiten" dann an den Stellen sehen, wo vorher der Jude saß.

Der *Nationalsozialismus* dagegen mit seiner Hauptforderung nach *Brechung der Zinsknechtschaft ist wahrhaft aufbauend*, schon die Forderung selbst greift viel tiefer und die Folgen sind weit umfassender.

In meiner kleinen Arbeit "Das Herzstück unseres Programms" (im Nationalsozialistischen Jahrbuch 1927), habe ich auf die Sonderstellung hingewiesen, die uns gerade diese Forderung unter allen Parteien und Verbänden zuweist. In allen unseren sonstigen Programmforderungen finden wir ähnliche oder gleichlaufende Bestrebungen teils bei den Rechts- und teils bei den Linksparteien. Nur diese Hauptforderung hat bei keiner anderen Partei ein Gegenstück.

Wir wissen nun alle, daß weder die Linksparteien mit ihrem verlogenen Geschrei "Nieder mit dem Kapitalismus", noch die Rechtsparteien mit ihren vaterländischen Phrasen fähig sind, eine neue Weltepoche einzuleiten, denn weder die marxistischen noch die reaktionären Forderungen würden am Wesen unserer gesamten Wirtschaft etwas ändern, bzw. würden nur zerschlagen, wie die Kommunisten in Rußland, aber nicht aufbauen.

*Was versteht man unter "Zinsknechtschaft"?*

*Den Zustand der Völker, die unter der Geld- oder Zinsherrschaft der alljüdischen Hochfinanz stehen.*

In *Zinsknechtschaft* befindet sich der *Landwirt*, der, um seinen Betrieb zu *finanzieren*, "Kredite" aufnehmen muß, die er so hoch verzinsen muß, daß die Zinsen den Ertrag seiner Arbeit auffressen, oder der Schulden gemacht hat und machen mußte, und der die Hypothekenschulden als ewiges Bleigewicht nach sich schleppen muß.

In *Zinsknechtschaft* befindet sich der *Arbeiter*, der in den Fabriken und Werkstätten Werte erzeugt für kargen Lohn, während der Aktionär, – ohne Mühe und Arbeit - Zinsen, Tantiemen und Dividenden bezieht.

In *Zinsknechtschaft* befindet sich der gesamte *gewerbliche Mittelstand*, der im Grunde heute fast nur für die Verzinsung seiner Bankkredite arbeiten muß.

In "*Zinsknechtschaft*" befinden sich alle, die durch ihre *geistige oder körperliche Arbeit ihr Brot* verdienen müssen, während ihnen gegenüber eine zahlenmäßig kleine Schicht – arbeits- und mühelos – aus ihren Zinsen, Bank- und Börsengewinnen, Finanztransaktionen usw. riesige Einnahmen beziehen. – Hier wolle man nicht an die Kleinrentner und Sparer denken, – wohl verdanken, bzw. verdankten auch sie ihre Zinseinnahmen einer grundfalschen Einrichtung - aber ihnen wurden zeitlebens die doppelten und hundertfachen Beträge ihrer kleinen Zinsen abgenommen oder weggesteuert oder sonstwie entzogen, so daß man ihnen im Alter leicht einen Teil des ihnen früher vorenthaltenen vollen Arbeitsertrages auszahlen kann – dadurch eine große Masse an dem heutigen zinskapitalistischen System scheinbar Interessierter gewinnend. (Nähere Erläuterung zu diesem Punkt anderen Orts.)

In "*Zinsknechtschaft*" befindet sich der *Industrielle*, der in zähester Arbeit seinen Betrieb aufgebaut hat, ihn dann dem Zug der Zeit folgend in eine "Aktiengesellschaft" umgewandelt hat, nun nicht mehr Herr seiner freien Entschließung ist, sondern die unersättliche Profitgier der "Aufsichtsräte und Aktionäre" befriedigen muß – will er nicht entlassen (!) werden aus seiner eigenen Schöpfung.

In "*Zinsknechtschaft*" begibt sich jedes Volk, das seinen Geldbedarf durch "Anleihen" deckt.

In "*Zinsknechtschaft*" geht jedes Volk zugrunde, das der Geldmacht, den Bankiers, seine wichtigsten innerpolitischen Hoheitsrechte ausgeliefert, sein Geldwesen (Finanzhoheit), seine Eisenbahnen (Verkehrshoheit) und die Aufsicht über die wichtigsten Steuern und Zölle, wie dies Deutschland durch die Annahme der Dawesgesetze getan hat.

In "*Zinsknechtschaft*" befinden sich alle Völker und Regierungen, die sich der Macht des Leihkapitals beugen.

In "*Zinsknechtschaft*" befindet sich die schaffende Arbeit, die dem Gelde den Vorrang eingeräumt hat, so daß heute der "Diener der Wirtschaft" das "Geld", der "Herr der Arbeit", und zwar deren brutalster Tyrann geworden ist.

"*Zinsknechtschaft*" ist der richtige Tatsachenausdruck für die Gegenüberstellung: "Kapital gegen Arbeit", "Blut gegen Geld", "Schöpferkraft gegen Ausbeutung".

So wetterleuchten die Blitze dieses Riesenkampfes von Kraft gegen Tücke, von Geist gegen Stoff, von Freiheit gegen Knechtschaft, von Licht gegen Finsternis in unserem Wollen. –

Die Forderung nach "Brechung der Zinsknechtschaft" ist von so riesenhaftem Ausmaß, von so grundlegender Bedeutung für unser Volk, für unsere Rasse, daß allein von deren Lösung abhängen wird der Wiederaufstieg unseres Volkes aus tiefster Knechtschaft und Schande, ja, daß davon abhängen wird das Wiederaufblühen, Glück und Gedeihen, Wohlfahrt und Kultur auf dem Erdkreis.

"**Brechung der Zinsknechtschaft**" *ist die stählerne Achse, um die sich alles dreht*. sie ist weit mehr als nur eine finanzpolitische Forderung, sie greift mit ihren Voraussetzungen und Auswirkungen ebenso tief ins politische Leben wie ins wirtschaftliche ein, nicht minder ist sie eine Hauptfrage der Wirtschaftsgesinnung und greift so auch zu tiefst ins persönliche Leben jedes einzelnen ein, sie fordert von jedem die Entscheidung: Dienst am Volk oder schrankenlose private Bereicherung – sie bedeutet somit die "*Lösung der sozialen Frage*".

Es liegt in der Natur jeder "Weltfrage", daß sie sich in einem Wort zusammenballen läßt, das wie ein Flammenzeichen aus dem Chaos aufsteigt, und daß 1000 Bücher und 100 Propheten den einen Gedanken nicht in allen Einzelheiten darstellen und ausschöpfen können. –

So kann auch hier an dieser Stelle über diesen gewaltigen Grundgedanken des Nationalsozialismus nicht mehr gesagt werden. In meinen bisherigen Kampfschriften "Das Manifest zur Brechung der Zinsknechtschaft", München 1926 (bereits vergriffen) und "Der Staatsbankerott, die Rettung", Diessen 1919, Verlag Jos. C. Huber, "Der kommende Steuerstreik", Diessen 1921, und "Der deutsche Staat auf nationaler und sozialer Grundlage", München 1923, Verlag Frz. Eher Nachf. (sämtlich zu beziehen durch unsere Partei-Buchhandlung München, Thierschstr. 11), habe ich alle wesentlichen Seiten dieses Problems beleuchtet.

Es bedarf eingehenden Studiums, um sich in diese Frage einzuarbeiten, denn die praktische Wirtschaftsgestaltung der letzten 50 Jahre verlief so völlig im Bannkreis der zinskapitalistischen Idee, daß es für alle in diesen Vorstellungen Großgewordenen eine grundlegende Umstellung bedeutet, sich von diesen fest eingefressenen Vorstellungen loszumachen.

Im einzelnen soll es ebenfalls die Aufgabe eines demnächst erscheinenden Sonderheftes über die Brechung der Zinsknechtschaft sein, unseren Parteigenossen über dieses wichtige Arbeitsgebiet des kommenden nationalsozialistischen Staates Antwort zu geben.

Neben diesen beiden ganz großen und neuen Grundgedanken unseres Programms müssen noch im Zusammenhang damit die Grundsätze für die Staats-, Wirtschafts-, Finanz-, Sozial- und Kultur-Politik genannt werden, aus denen heraus die einzelnen Programmforderungen wachsen.

Unser *staatspolitischer Grundsatz* lautet schlicht und einfach **"Das Deutsche Reich ist die Heimat der Deutschen."**

In diesem staatspolitischen Grundsatz ist das gewaltige Gebiet der gesamten Außenpolitik, einschließlich der

politischen Befreiung Deutschlands, sind alle rassepolitischen Forderungen und ebenso die staatsbürgerlichen Folgerungen und Festlegungen enthalten.

Unser *wirtschaftspolitischer Grundsatz* lautet:

**Die Aufgabe der Volkswirtschaft ist die Bedarfsdeckung und nicht eine möglichst hohe Rentabilität für das Leihkapital**.

Dieser wirtschaftspolitische Grundsatz schließt in sich eine grundlegende Stellungnahme des Nationalsozialismus zum Privateigentum, zum Aufbau unserer Wirtschaft im Hinblick auf ihre Organisationsformen (Klein-, Mittel-, Groß- und Riesenbetriebe – Syndikate, Truste) und zu den großen sittlichen Fragen, die in der Wirtschaft lebendig sein müssen, soll die "Volkswirtschaft" nicht zur Volksausbeutungs- und reinen Profitwirtschaft werden!

Auf *finanzpolitischem Gebiet* lautet unser Grundsatz:

**Das Geldwesen steht im Dienste des Staates, die Geldgewaltigen dürfen keinen Staat im Staate bilden**.

Hier handelt es sich um einen Grundsatz, der eine grundstürzende Änderung bedeutet. Denn bei den hier zu beschreitenden Wegen handelt es sich um die praktischen Maßnahmen zur "*Brechung der Zinsknechtschaft*", Verstaatlichung des Geldwesens, Unterbindung der Anleihewirtschaft, Bau- und Wirtschaftsbank usw.

Jede dieser Aufgaben ist programmatisch von der größten Bedeutung. Als weiteres Gebiet gehört hierher die gesamte Steuergesetzgebung mit dem scheinbar unmöglichen Endziel des Staates ohne Steuern.

Auf dem Gebiete der Sozialpolitik lautet unser Grundsatz: **Das allgemeine Wohl ist oberstes Gesetz**.

Auch mit diesem Grundsatz stehen wir in scharfem Gegensatz zu der heute geübten Praxis, nach der jeder Stand, jede Klasse, jede Berufsvertretung für ihre Gruppe Vorteile auf sozialpolitischem Gebiet zu erlangen strebt ohne

Rücksicht auf das Allgemeinwohl. Wir werden auch *Wohnungsnot und Erwerbselend* zu beseitigen und eine allgemeine Altersversorgung aufzubauen haben.

*Kulturpolitisch* läßt sich nur der unverrückbare übergeordnete Grundsatz aufstellen: *alle kulturpolitische Arbeit ist unter dem Gesichtspunkte reinen deutschen Volkstums zu leisten*. Ob die seelischen und geistigen Kräfte unseres Volkes eine neue Renaissance, eine klassische Periode aller schönen Künste bringen werden, läßt sich nicht befehlen, erzwingen oder erzielen. Dagegen lassen sich die tiefen Schädigungen, die unser deutsches Kultur- und Geistesleben unter der jüdischen Diktatur erleidet, durch geeignete Maßnahmen zurückdämmen, besonders durch Entgiftung der Presse.

Außer diesen bedeutsamsten Gebieten des öffentlichen Lebens werden natürlich auch sonst noch verschiedene einschneidende Verbesserungen durchzuführen sein. –

Es ist klar, daß unser *Rechtswesen*, den mannigfachen Neuerungen entsprechend, öffentlich-rechtliche Fassungen finden muß.

Daß mit dem Unfug des parlamentarisch-demokratischen Wahlrechtes aufgeräumt werden wird, ebenso, wie man sich dann nach der Übergangszeit einer Diktatur über die äußere Staatsform und das innere staatliche Gefüge der Länder klar werden muß. –

Aber man sieht doch schon an dieser kurzen Übersicht die Größenordnung dieser Fragen gegenüber den gewaltigen grundlegenden Grundsätzen unseres Programms.

Es ist für uns keine grundlegende Frage, ob Monarchie oder Republik, es ist gleichgültig, ob wir 5 oder 25 Bundesstaaten, Landschaften oder Stammesstaaten haben werden, wenn nur alle deutschen Stämme unter einer starken Zentralgewalt vereinigt dem Ausland gegenüber ein Felsen von Erz sind und im Innern die deutschen Staatsbürger froh und zufrieden leben können.

# 4. Die Programmforderungen im Einzelnen

in der "Federschen Formulierung aus = Der deutsche Staat´".

Für die praktische Werbetätigkeit ist es übersichtlicher, nachstehende Fassung des Programms zu gebrauchen, da die einzelnen Sätze unter größeren Gesichtspunkten zusammengefaßt sind, entsprechend den im vorigen Kapitel herausgeschälten Grundsätzen.

Es ist auch besser und richtiger, gleich im Programm die einzelnen Arbeitsgebiete etwas gegeneinander abzugrenzen und sie auch rangordnungsgemäß einzuordnen.

**Das Staats- und Wirtschaftsprogramm**

**der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei**.

*Unser Ziel ist – Deutschlands Wiedergeburt in deutschem Geist zu deutscher Freiheit*.

Der Weg zu diesem Hochziel ist:

I. *Staatspolitischer* Grundsatz: **Das Deutsche Reich ist die Heimat der Deutschen.**

a) außenpolitisch:

1. Die Aufrichtung eines geschlossenen Nationalstaates, der alle deutschen Stämme umfaßt.

2. Die kraftvolle Vertretung der deutschen Interessen im Ausland.

b) rassenpolitisch:

3. Die Ausscheidung der Juden und aller Nichtdeutschen aus allen verantwortlichen Stellen des öffentlichen Lebens.

4. Unterbindung der Zuwanderung von Ostjuden und von anderen schmarotzenden Ausländern. Lästige Ausländer und Juden können obendrein abgeschoben werden.

c) staatsbürgerlich:

5. Nur der Deutsche, der sich zur deutschen Kultur- und Schicksalsgemeinschaft bekennt, kann staatsbürgerliche Rechte ausüben.

6. Wer nicht Deutscher ist, kann nur als Gast im deutschen Staat leben und steht unter Fremdenrecht.

7. Die Rechte und Belange der Deutschen gehen vor denen der Angehörigen fremder Völker.

II. *Wirtschaftspolitischer* Grundsatz: **Die Aufgabe der Volkswirtschaft ist die Bedarfsdeckung und nicht eine möglichst hohe Rentabilität für das Leihkapital**.

8. Der Nationalsozialismus erkennt das *Privateigentum* grundsätzlich an und stellt es unter staatlichen Schutz.

9. Das Wohl des Volkes zieht aber der maßlosen Reichtumsanhäufung in den Händen einzelner eine Grenze.

10. Alle Deutschen bilden eine Werksgemeinschaft zur Förderung der allgemeinen Wohlfahrt und Kultur.

11. Im Rahmen dieser allgemeinen Arbeitspflicht jedes Deutschen und unter grundsätzlicher Anerkennung des Privateigentums steht jedem Deutschen freie Erwerbsmöglichkeit und freie Verfügung über seinen Arbeitsvertrag zu.

12. Die gesunde Mischung von Klein-, Mittel- und Großbetrieben auf allen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens, also auch in der Landwirtschaft, bleibt aufrechterhalten.

13. Alle bisher bereits vergesellschafteten Betriebe werden verstaatlicht.

14. Wucher- und Schiebertum, sowie die rücksichtslose Bereicherung auf Kosten und zum Schaden des Volkes wird mit dem Tode bestraft.

15. Einführung eines Arbeitspflichtjahres für jeden Deutschen.

III. *Finanzpolitischer* Grundsatz: **Das Geldwesen steht im Dienste des Staates, die Geldgewaltigen dürfen keinen Staat im Staate bilden**; daher unser Ziel: **Brechung der Zinsknechtschaft durch**

16. Befreiung des *Staates* und damit des Volkes aus seiner zinspflichtigen Verschuldung gegenüber dem Großkapital.

17. Verstaatlichung der Reichsbank A.-G. und der Notenbank.

18. Geldbeschaffung für alle großen öffentlichen Aufgaben (Ausbau der Wasserkräfte, Verkehrswege usw.) unter Vermeidung des Ausleiheweges durch die Ausgabe zinsloser Staatskassengutscheine bzw. auf bargeldlosem Wege.

19. Einführung einer feststehenden Währung auf gedeckter Grundlage.

20. Schaffung einer gemeinnützigen Bau- und Wirtschaftsbank (Währungs-reform) zur Gewährung zinsloser

Darlehen.

21. Durchgreifende Umgestaltung des Steuerwesens nach sozialen volkswirtschaftlichen Grundsätzen. Befreiung der Verbraucher von der Last der indirekten Steuern sowie der Erzeuger von einengenden Steuern (Steuerreform und Steuerbefreiung).

IV. *Sozialpolitischer* Grundsatz: **Das allgemeine Wohl ist das oberste Gesetz**.

22. Großzügiger Ausbau der Altersversicherung durch Verstaatlichung des Leibrentenwesens. Jedem bedürftigen deutschen Volksgenossen wird von einem bestimmten Lebensalter an oder bei vorzeitigem Eintritt dauernder Erwerbsunfähigkeit eine auskömmliche Rente sichergestellt.

23. Beteiligung aller an schöpferischen oder werteschaffenden Unternehmungen Beschäftigten je nach Leistung und Alter an den Erträgnissen des Werkes unter gleichzeitiger Mitverantwortlichkeit für die Erfüllung der volkswirtschaftlichen Aufgaben des Werkes.

24. Einziehung aller nicht auf ehrlicher Arbeit beruhenden Kriegs- und Revolutionsgewinne sowie von Hamster- und Wuchergut und deren Verwendung für den Ausbau der sozialen Fürsorge.

25. Behebung der Wohnungsnot durch umfangreiche Wohnungsneubauten im ganzen Reich mit den Mitteln der nach Ziffer 20 neu zu schaffenden gemeinnützigen Bau- und Wirtschaftsbank.

V. *Kulturpolitisch*.

**Eine Blüte aller Wissenschaften und schönen Künste auf der Grundlage eines politisch freien, wirtschaftlich gesunden Staates ist unser kulturelles Hochziel**.

Dies soll erreicht werden durch

26. Erziehung der Jugend zu körperlich gesunden und geistig freien Menschen nach den großen Überlieferungen des deutschen Geisteslebens.

27. Volle Religions- und Gewissensfreiheit.

28. Besonderen Schutz der christlichen Glaubensbekenntnisse.

29. Unterdrückung und Fernhaltung von Glaubenslehren, die dem deutschen Sittlichkeitsgefühl zuwiderlaufen und deren Inhalt staats- und volkszerstörenden Charakter trägt.

30. Unterdrückung aller schädigenden Einflüsse in Schrifttum und Presse, Bühne, Kunst und Lichtspiel.

31. Freiheit der Lehre auf den deutschen Hochschulen, Heranbildung einer Führerschicht von charaktervollen Männern.

VI. *Militärisch.*

32. Wehrhaftmachung der Nation durch Einführung des Wehrrechtes für jeden freien Deutschen.

33. Aufhebung der Söldnertruppe.

34. Schaffung eines Volksheeres zur Verteidigung der Heimat unter einem in strenger Standeszucht aufzubauenden Berufsoffizierskörper.

VII. *Sonstige Verbesserungen.*

35. Verbesserung des Pressewesens. Unterdrückung aller Presseerzeugnisse, die gegen die Belange des deutschen Volkes verstoßen. Strengste Verantwortlichkeit für alle falschen oder absichtlich entstellten Nachrichten.

36. Änderung des Wahlrechtes unter Ausschaltung der jetzt so entsittlichenden Formen des Wahlkampfes, der Unverantwortlichkeit der Gewählten (Immunität).

37. Bildung von berufsständischen Kammern.

38. Justizreform auf dem Gebiete des

Bodenrechts – (grundsätzliche Anerkennung des Eigentumsrechtes am Boden, Unbeleihbarkeit des Bodens von seiten des Privatkapitals, Vorkaufsrecht des Staates, besonders gegenüber Ausländern und Juden. Zwangsverwaltung von Grund und Boden durch den Staat im Falle liederlicher Bewirtschaftung), des

Zivilrechtes – (weit strengerer Schutz der persönlichen Ehre, der Gesundheit gegenüber dem heute vorherrschenden einseitigen Rechtsschutze des Eigentums).

39. Staatsrechtliche Reformen.

*Staatsform*. Die dem deutschen Wesen entsprechende Staatsform ist die in einer obersten Spitze vereinigte souveräne Staatsführung. – Ob diese oberste Spitze durch einen vom Volk zu wählenden Monarchen oder durch einen Präsidenten besetzt wird, muß späterer Volksabstimmung überlassen bleiben.

*Bundesstaatlicher Charakter des Reiches*.

Die Zusammensetzung des deutschen Volkes aus verschiedenen durch Stammesart und Geschichte innerlich enger verbundenen Ländern bedingt die weitestgehende Selbständigkeit der einzelnen Bundesstaaten im Hinblick auf ihre inneren Angelegenheiten.

*Reichsangelegenheit* ist die Vertretung des deutschen Volkes nach außen, Paßwesen und Zölle, ferner Heer und Flotte.

Der Erreichung dieses Staats- und Wirtschaftsprogramms des Nationalsozialismus stellen sich drei hauptsächliche Gegner in den Weg. *Der Marxismus, der Parlamentarismus* und beiden übergeordnet *das Großkapital*.

1. *Unser antimarxistischer Kampf* richtet sich gegen die staatszersetzende Lehre des Juden Karl *Marx*, gegen die das Volk zerreißende Lehre vom Klassenkampf, gegen die wirtschaftsmordende Lehre der Verneinung des Privateigentums und gegen die rein ökonomische materialistische Geschichtsauffasung.

2. *Unser antiparlamentaristischer Kampf* richtet sich gegen die Unverantwortlichkeit der sog. Volksvertreter, die – immun – niemals tatsächliche Rechenschaft ablegen müssen über die Folgen ihrer Beschlüsse, sowie gegen alle sich daraus ergebenden Schäden (Sittenverderbnis, Günstlingswirtschaft, Käuflichkeit) und als schlimme Folge – eine von einem solchen Parlament abhängige Regierung.

3. *Unser antimammonistischer Kampf*, der den beiden anderen Kampffronten übergeordnet ist, richtet sich gegen die weltumspannende Weltmacht, d.h. gegen die dauernde finanzielle und wirtschaftliche Ausblutung und Ausbeutung unseres Volkes durch das Großleihkapital.

Dieser Kampf ist aber andererseits auch ein gewaltiges geistiges Ringen gegen den seelentötenden materialistischen Geist der Ichsucht und der Raffgier mit all seinen zersetzenden Begleiterscheinungen auf allen Gebieten unseres öffentlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens.

Im letzten und tiefsten handelt es sich um den Kampf zweier Weltanschauungen, die ausgedrückt sind durch die zwei grundsätzlich verschiedenen geistigen Strukturen - den ursprünglich schaffenden und schöpferischen Geist und den beweglichen, raffenden Geist. Der schöpferische, erdverwurzelte und doch wiederum die Welt in übersinnlichem Erleben überwindende Geist findet seinen hauptsächlichsten Träger im arischen Menschen; – der raffende, wurzellose, rein auf Diesseitige gerichtete, händlerisch materialistische Geist findet seinen hauptsächlichen Vertreter im Juden.

Der Nationalsozialismus erblickt wie der Antisemitismus im jüdisch-materialistischen Geist die Hauptwurzel des

Übels, er weiß aber auch, daß dieser gewaltigste Kampf der Weltgeschichte nicht bei rein verneinenden, antisemitischen Forderungen stehen bleiben darf, deshalb erhebt sich das gesamte Staats- und Wirtschaftsprogramm des Nationalsozialismus weit über den zwar grundlegenden oder verneinenden antisemitischen Kampf, indem es bejahend ein schöpferisch aufbauendes Bild davon gibt, wie der nationalsozialistische Staat der Arbeit und Leistung aussehen soll.

Ist das Hochziel erreicht, dann löst sich die nationalsozialistische Partei auf. *Der Nationalsozialismus ist dann Lebensinhalt für das ganze deutsche Volk geworden.* Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei ist ja überhaupt keine parlamentarische Partei im gewöhnlichen Sinn des Wortes, sondern nur der entschlossene, zukunftsfrohe und zukunftssichere Volksteil, der sich um willens- und geistesstarke Führer versammelt hat, um Deutschland aus Schande und Ohnmacht nach außen, aus Zerfleischung und Entsittlichung im Innern wieder emporzuführen zu einer kraftvollen, achtungsgebietenden Stellung nach außen, und im Innern zu einer wirtschaftlich gesunden, kulturell blühenden, geistig und sittlich hochstehenden Volksgemeinschaft.

Wir wollen bauen das Reich der deutschen Sehnsucht, wie es Geibel besingt:

"Nach Außen eins und schwergewaltig"

"Um ein hoch Panier geschart"

"Nach Innen reich und vielgestaltig"

"Ein jeder Stamm nach seiner Art."

**"Das Deutsche Reich ist die Heimat der Deutschen."**

Jedes Wort dieses staatspolitischen Grundsatzes ist, gemessen an der Erbärmlichkeit der heutigen Lage, wie ein Peitschenschlag.

Das "*Deutsche Reich*", wo gibt es ein "deutsches Reich"? Hat die Kolonie Deutschland überhaupt Anspruch auf diesen Ehrennamen eines selbstherrlichen Staates? Nein. –

Ein Land, wie das Deutschland von heute, kann auch von den nachsichtigsten Staatsrechtslehrern nicht als selbständiger Staat bezeichnet werden.

Die fünf wichtigsten Hoheitsrechte eines Staates sind: Gebietshoheit, Militärhoheit, Finanzhoheit, Verwaltungs- und Verkehrshoheit und fünftens Justizhoheit.

Es genügt, diese jedem Laien ohne weiteres einleuchtenden völkerrechtlichen Lehrsätze zu nennen und in Vergleich zu setzen mit der heutigen Stellung Deutschlands, um die Unhaltbarkeit der Behauptung darzutun, als gäbe es noch ein selbstherrliches "Deutsches Reich".

Unsere *Gebietshoheit* ist ein Narrenspiel, denn wenn es Frankreich paßt, besetzt es, ohne lange zu fragen, oder auf Gegenwirkung zu stoßen, deutsches Land, ebenso können es die Tschechen, Polen, Dänen jeden Übergriff, jeden Einbruch in deutsches Land gestatten, ohne daran gehindert zu werden. Wie ganz anders beurteilt das "verruchte alte Regime" die geringste Grenzverletzung. Ein militärischer Einbruch in deutsches Gebiet war "Kriegszustand".

Zur Wahrung seiner Gebietshoheit bedarf der Staat einer bewaffneten Macht, die Eingriffe in das Staatsgebiet und damit in Leben und Gesundheit seiner Staatsbürger abzuwehren vermag. Kein freier Staat kann einer fremden Macht Einblick oder gar Aufsicht, oder gar das Recht der Bestimmung über Mannschaftszahl, Bewaffnung, Ausrüstung, Standort usw. einräumen; denn er tut dies, so ist er eben nicht "souverän", so ist er eben nicht im Besitz seiner Machtmittel, so hat er eben Verzicht geleistet auf seine Militärhoheit. Dies hat Deutschland durch seine Unterwerfung unter die Entwaffnungs- und Schnüffelkommissionen der Feinde getan.

So weit war Deutschland schon durch die Annahme der Waffenstillstandsbedingungen erniedrigt worden. Die außenpolitischen Hoheitsrechte waren verloren.

Immerhin wäre noch eine gewisse innere Souveränität aufrechtzuerhalten gewesen, aber gerade auf die Zerstörung dieser inneren Machtmittel kam es der Hochfinanz an, die erst im Besitz dieser innerdeutschen Hoheitsrechte die deutsche Arbeit schrankenlos auszubeuten vermochte.

Zunächst ergoß sich die Schlammflut der Revolution, das Schieber- und Wuchergeschmeiß über Deutschland, die Söhne des Chaos, sozialdemokratische Landesverräter, Fahnenflüchtige, Zuchthäusler besetzten die höchsten und einträglichsten Staatsstellen, bald teilten sie ihre Macht mit Demokraten und Zentrum und hinter allem und über allen macht der Jude, die Hochfinanz, ihre Geschäfte. Bald wurden auch die Freimaurer aus den sog. nationalen Parteien herangezogen, besonders Br. Stresemann, und nun holte man zum letzten Schlag aus. Das Sachverständigen-Gutachten und die darauf aufgebauten Dawesgesetze raubten Deutschland seine Finanzhoheit, diese wurde an eine Handvoll Großjuden, bzw. an aus- und inländische Großkapitalisten verschachert. Und ebenso gab der Reichstag die Eisenbahnen preis und damit die Verkehrshoheit und ebenso wichtige Teile der Verwaltungshoheit auf dem Gebiete der Steuern und Zölle, indem er sie verpfändete und der Kontrolle des Reparationskommissars unterwarf.

Auch von Justizhoheit ist kaum mehr zu sprechen. In den besetzten Gebieten besteht fremde Militärgerichtsbarkeit, im übrigen Deutschland bestehen tief eingreifende Sondergesetze, wie das Republikschutzgesetz. Rechtsunsicherheit, organisierte Volksberaubung durch die sog. "Aufwertungsgesetze", zwingen die Gerichte, Unrecht für Recht zu erklären.

Deutschland ist kein souveräner Staat mehr. Deutschland ist eine Sklavenkolonie. Deutsche werden unterdrückt, ins Gefängnis geworfen, es wird ihnen das Reden verboten - nur weil sie "deutsch" geblieben sind und die Sklaverei beseitigen wollen.

Jawohl, *wir* wollen wieder ein *freies Deutsches Reich* haben, und dieses kommende freie Deutsche Reich soll die *Heimat der Deutschen* sein.

*Heimat* soll dieses Deutschland sein, nicht nur Polizeiverordnungsmaschinerie, nicht nur "Staat", nicht nur

"Obrigkeit", nicht nur "Regierung", nicht nur Pfründe für ein Viertelhundert Herrscherhäuser, sondern *Heimat*. Heimat, du süßes Zauberwort, das die unterirdischen Quellen aufrauschen läßt, - Heimatliebe, traut und schön, sonnig und lieb, der Duft der heimatlichen Scholle steigt auf, Glücksgefühle durchströmen den Wanderer, der Heimatboden wieder unter sich fühlt, mit dem er sich blutmäßig verbunden fühlt. Die Heimat, – die Mutter – sie *sorgt* für alle ihre Kinder, behütet und betreut fühlen muß sich der Deutsche im Deutschen Reich, in seinem Vaterland, in seiner *Heimat*. Das Gefühl des Geborgenseins ist das Wesentlichste am Heimatgefühl und daraus wächst die zarte Blüte der Heimatliebe. Höheres Ziel gibt es nicht für Staat und Volk.

Das ist mehr als nüchterne Sozialpolitik, als Arbeitslosenversicherung, mehr als Wohnungsbauprogramm, obwohl das eigene Heim eine der mächtigsten Antriebsfedern für das Keimen der Heimatliebe ist.

*Heimat* ist mehr als "imperialistischer Machtstaat", dem man dient, vielleicht mit Begeisterung, vielleicht unter Zwang.

*Heimat* ist mehr als Reichs-, Staats-, Stadtverwaltung, mehr als Berufs- und Interessenvertretung, mehr als Futterkrippe und Schützer von Person und Eigentum. Alle diese öffentlichen Einrichtungen müssen im Dienste des Heimatgedankens stehen. Wie in einer richtigen Familie für die Kinder das "Daheim", das "Heim" einen ganz besonderen Zauber ausübt, wie das "Zuhause" ganz andere Gefühle auslöst als das Hotelzimmer, in dem man auch wohnt, oder gar die Gefängniszelle, so auch ist Heimat etwas unsagbares Zartes und doch Gewaltiges, Übergeordnetes über den schäbigen Gedanken des Zweckverbandes, dem die liberale, demokratisch-parlamentarische Auffassung vom Bau der Gesellschaft den "Staat" zuweist.

# Staatspolitik

*Grundsatz:* ***Das Deutsche Reich sei Heimat der Deutschen***. Nicht von Juden, Russen (Kommunisten), Sozialdemokraten, die kein Vaterland kennen, das Deutschland heißt (Crispien), nicht von allen möglichen sonstigen Ausländern, die für länger oder kürzer auf deutschem Boden sich aufhalten.

Hier stehen wir in einem grundsätzlichen und zu tiefst einschneidenden Gegensatz zur Weimarer Verfassung, die nur "*deutsche Staatsangehörige*" kennt, aber nicht den Begriff "Deutsche" in völkischer oder noch schärfer, in rassischer Hinsicht, kennt.

So lauten die Thesen 1 - 7, eingeteilt in die drei Unterabteilungen

a) außenpolitisch, b) bevölkerungspolitisch, c) staatsbürgerlich.

1. *Aufrichtung eines geschlossenen Nationalstaates, der alle deutschen Stämme umfaßt*.

Es ist das selbstverständliche Lebensrecht jeder selbstbewußten Nation, daß sie alle Menschen ihres Stammes in einem geschlossenen Nationalstaat zusammenzufassen bestrebt ist. Diese Forderung fand spontanen Ausdruck in dem gerade von unseren Kriegsgegnern proklamierten "Selbstbestimmungsrecht".

So verzichten auch wir auf keinen Deutschen, der außerhalb der deutschen Staatsgrenzen eingeschlossenen Siedlungsgebieten lebt, im Hinblick auf seine volkstümliche Zugehörigkeit zum Deutschen Reich, Wir erklären, daß wir indes nicht daran denken, mit Gewalt einen Anschluß der außerhalb Deutschlands unter dänischer, polnischer, tschechischer, italienischer oder französischer Oberhoheit lebenden Deutschen erzwingen zu wollen.

Wir verlangen und erwarten allerdings,, daß unsere deutschen Brüder unter fremder Oberhoheit gleiches Recht wie die übrigen Staatsangehörigen in jenen Ländern eingeräumt wird.

Somit entbehrt diese Forderung jeder imperialistischen Tendenz. Es ist die schlichte und natürliche Forderung, die jedes kraftvolle Volkstum als Selbstverständlichkeit aufstellt und anerkennt.

2. *Die kraftvolle Vertretung der deutschen Interessen im Auslande* greift weiter und ist die notwendige Ergänzung zu Punkt 1.

Nicht selten sind die besten, tüchtigsten, die wickingerhaftesten Deutschen, die als Kulturträger hinausgehen in die weite Welt, als Ingenieure, Forscher, Gelehrte, als Kaufleute, Ärzte. Sie gehören zu der großen deutschen Volksfamilie, der sie nicht verloren gehen sollen und dürfen. Sie haben ein Recht auf den Schutz der Heimat auch im Ausland. Diese Deutschen sollen nicht nur Kultur*dünger*, sondern bewußte Vorposten, Vorkämpfer des Deutschtums auf Erden sein, nicht "Menschheitsapostel", sondern Träger des nordischen Gedankens.

Nicht "sich einfühlen" in fremde Art, sondern Bewahrung der deutschen Eigenart, der deutschen höheren Art, muß die Aufgabe der Deutschen im Ausland und unserer amtlichen Vertretungen werden. Auch hier muß ein eiserner Besen in das verstaubte A. A. ("Auswärtige Amt") hineinfahren. Erzbergersche und Stresemannsche Liebedienerei gegenüber dem Ausland hat ein Ende, und man wird dann auf einmal sehen, daß das Ausland vor einer kraftvollen Vertretung der deutschen Interessen ganz anderen Respekt haben wird, und statt Fußtritten und Ohrfeigen wird Achtung und Rücksichtnahme auf deutsche Wünsche die Folge sein.

b) *Rassenpolitisch.*

3. *Die Ausscheidung der Juden und aller Nichtdeutschen aus allen verantwortlichen Stellen des öffentlichen Lebens*.

Diese Forderung ist für uns Nationalsozialisten so selbstverständlich, daß er gar keiner weiteren Erläuterung bedarf;

für denjenigen dagegen, der nicht zum mindesten die Grundlagen der Rassenlehre begriffen hat, ist es unmöglich, eine kurze, überzeugende Begründung zu geben.

Wer im Juden nur einen "deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens" sieht - und nicht ein artfremdes, streng abgeschlossenes Volk von ausgesprochenen Schmarotzer-Eigenschaften, kann die Unerläßlichkeit dieser Forderung nicht verstehen. Wer einen Kohlrabi, der zufällig in einem Erdbeerbeet aufgewachsen ist, für einen Erdbeerbusch erklärt oder glaubt, von ihm durch gutes Zureden Erdbeeren ernten zu können, irrt sich, ebenso derjenige, der glaubt, daß ein junger Löwe, der in eine Schafherde geworfen wurde, zum Schaf werden wird. Eher wird man begreifen, daß ein Deutscher doch nicht gut zum Bezirksamtmann oder Amtsrichter in Indien oder China werden kann, wie wir es auch gewiß nicht gerne sehen würden, wenn ein Chinese oder Hottentotte uns als Finanzamtmann oder als Bürgermeister vor die Nase gesetzt würde.

Trotzdem wäre es nicht so schlimm, wenn einmal ein Enver Pascha oder ein Tschankaischek in Deutschland Ordnung schüfe, als daß ein Jude seinen zerstörenden Rasseneigenschaften in Deutschland freien Lauf läßt. Sicher ist, daß mit der Revolution sich alle Bande der staatlichen Ordnung gelöst haben und der alteingesessene Großbankjude, genau so wie der neu zugewanderte Ostjude, sich am Elend Deutschlands maßlos bereichert haben. Das haben wir alle erlebt, jeder konnte es mit eigenen Augen sehen, und jeder bekam es zu spüren; so war es immer, und immer ging die Zerstörung der nordischen Ordnung voraus. "Doch dieses schlaue Volk sieht einen Weg nur offen, - solang die *Ordnung* steht, solang hat´s nichts zu hoffen" (Goethe im Jahrmarkt von Plundersweilen). Deshalb fordert Ziffer

4. *die Unterbindung der Zuwanderung von Ostjuden und von anderen schmarotzenden Ausländern. Lästige Ausländer und Juden können abgeschoben werden.*

In den Zeiten der hochgehenden Inflation kamen diese galizischen und polnischen Juden wie Ungeziefer in die deutschen Städte; trotz größter Wohnungsnot fanden sie bald die schönsten Wohnungen, während die Deutschen in Löchern hausen mußten. Dann begannen sie ihre unsauberen Geschäfte, sie kauften alles: Perlen, Perserteppiche, Diamanten, Gold, Silber, Platin, Kriegsanleihe, Altpapier, Tausendmarkscheine, Kupfer, Blei, Literatur, Theater ,

Schrott (Evaporator-A.-G.). Bald waren sie sichtbar reich, – und waren damit, für den Normaldeutschen, als Deutsche anerkannt.

Unter nationalsozialistischem Druck wagte der Generalstaatskommissar v. Kahr in Bayern (er war der "Ehrenwortbrecher aus Staatsraison", der feig und hinterlistig die deutsche Erhebung am 9. November 1923 im Blut ersticken ließ) - eines schönen Morgens die Austreibung der Ostjuden anzuschlagen und sandte auch seine Polizeiorgane zu einigen der bekanntesten Schieber. Da traten die "alteingesessenen" anständigen Juden "des Zentralvereins" für das galizische Geschmeiß, für ihre jüdischen "Volksgenossen" ein – und Kahr wich feige zurück.

Nur ganz klare und unbeugsame Staatslenker werden hier gemäß ihrer rassenkundlichen Erkenntnisse handeln. Zugeständnisse können hier nicht gemacht werden.

Über diese rein antisemitische Nutzanwendung hinaus muß die Rassenhygiene gepflegt und das hohe Ziel, – das *höchste Ziel der Aufnordung unseres Volkes* im Sinne des nordischen Gedankens gepflegt werden.

Diese Frage gehört vielleicht nicht in das "Zeitprogramm" der NSDAP hinein, aber wir alle müssen uns darüber klar sein, daß mit dem so stark verbastardierten deutschen Volk auf die Dauer nicht viel zu machen ist.

Wohl dürfen wir heute schon feststellen, daß die furchtbare Rassenebbe zunächst theoretisch überwunden ist, allein schon durch die Tatsache des außerordentlichen Interesses, das Rassefragen und Rassebücher in weiten Kreisen finden, dann durch die Tatsache des Vorhandenseins grundlegender Werke über dieses Gebiet, aber nur unablässige Arbeit bringt uns wirklich vorwärts.

c) Staatsbürgerlich fordern wir

5. *Nur der Deutsche, der sich zur deutschen Kultur und Schicksalsgenossenschaft bekennt, kann staatsbürgerliche Rechte ausüben.*

Hier wird eine unbedingt notwendige Einschränkung gemacht. Leute, auch wenn sie deutsch geboren werden, die sich aber bewußt zerstörend gegen das deutsche Volk, gegen den Staat, wenden, ihre politischen Befehle vom Ausland empfangen und befolgen - gehören nicht zur deutschen Schicksalsgemeinschaft, sie können also auch nicht staatsbürgerliche Rechte ausüben, so wenig wie ein Jude, und manchem werden wir noch auszuschließen haben von der *Ehre* des deutschen Staatsbürgerrechtes.

Gewissenlose Schieber, beamtete Fahnenflüchtige oder zum Teil noch "immune" Landesverräter werden gewiß im nationalsozialistischen Staat keine staatsbürgerlichen Rechte mehr ausüben.

6. *Wer nicht "Deutscher" ist, kann nur als Gast im deutschen Staat leben und steht unter Fremdenrecht.*

Dies ist ein gewichtiger Grundsatz, er soll der ewigen Liebedienerei jedem Ausländer gegenüber ein Ende bereiten. Es heißt aber keineswegs, daß wir fremde Staatsbürger nicht gerne und mit aller gebotenen Rücksicht als Gäste bei uns sehen wollten, solange sie sich entsprechend benehmen, aber

7. *Die Rechte und Interessen der Deutschen gehen vor denen der Angehörigen fremder Völker.*

Weitere Einzelheiten brauchen programmatisch nicht gefordert werden. Wie z.B. im einzelnen das "Fremdenrecht" aussehen wird, ist eine Frage späterer Zeit, ebenso wie im einzelnen die Ausscheidung der Juden vor sich gehen wird. Man wolle von einem grundsätzlichen Programm nicht verlangen, daß es ein "Aktionsprogramm" sei, das taktische Einzelheiten für die Erringung der politischen Macht oder für Sonderaufgaben angibt. Ich bin überhaupt ein Gegner allzuvieler Programmfexerei, denn es *handelt sich in unserem Riesenkampf zunächst um die unverrückbare Festlegung unserer Ziele*, aber nicht um "Wahl"- und sonstige "Programme" der bürgerlichen oder sozialistischen Parteien.

# Wirtschaftspolitik

Grundsatz: **Die Aufgabe der Volkswirtschaft ist die Bedarfsdeckung und nicht möglichst hohe Rentabilität für das Leihkapital**.

Dem schlichten Denken des einfachen Menschen möchte es überflüssig erscheinen, eine solche Selbstverständlichkeit besonders und gar grundsätzlich zu betonen. Dem schaffenden Menschen, dem Landwirt, Handarbeiter, Handwerker, dem Gewerbetreibenden und Fabrikanten und all den Hilfsbetrieben für Zubringung und Verteilung der Güter, liegt es gewissermaßen im Blut, daß das, was erzeugt, ge- oder verbraucht wird. Im Eigenbedarf oder als volkswirtschaftliches Tauschgut von anderen.

Eine "Wirtschaft", die nicht auf Erzeugung und Verbrauch eingestellt ist, erscheint ihm lächerlich – unmöglich – widersinnig.

Auch hier stehen wir wieder vor einer der großen geistigen Schwierigkeiten in unserer Werbearbeit, daß wir unseren Volksgenossen sagen müssen, du hast zwar ganz recht mit deinem natürlichen Empfinden, wenn du über Sinn und Zweck der Arbeit und der gesamten Volkswirtschaft nachdenkst, aber leider entspricht unsere heutige sogenannte Wirtschaft keineswegs dieser natürlichen Forderung;

bei näherem Zusehen wirst du im Gegenteil die erschreckenden Züge finden, die der natürlichen Aufgabe der gesamten Volkswirtschaft vollkommen zuwiderlaufen.

Was tut denn der Wucherer und Schieber? Denkt diese weitverbreitete Sorte von Leuten etwa an die Bedarfsdeckung? Nein! – ist er überhaupt werteschaffend tätig, erzeugt er etwas? Nein! – Er raubt, stiehlt und betrügt in volkswirtschaftlichem Sinn und bereichert sich.

Was tun die Banken? Sie vermitteln den Geldverkehr und geben "Kredit". Ja; aber ersteres besorgt auch die Post und zwar billiger, rascher und besser, und wem geben die Banken Kredit? – Etwa den Notleidenden, den Massen der Arbeiter, die kein eigenes Heim haben, um damit Häuser zu bauen, um den dringenden volkswirtschaftlichen Bedarf an Wohnraum zu decken? – Nein!

Oder den Landwirten, Gewerbetreibenden und Geschäftsleuten, die doch die Erzeuger und Vermittler der volkswirtschaftlichen Bedarfsgüter sind? Kaum und nur dann, wenn die Betreffenden "Sicherheit" bieten und über die naturgemäße Rückzahlungspflicht hinaus, sich noch zu hohen Sondergegenleistungen bereit erklären, zu den "*Zinsen*". Liegt den Banken etwas daran, daß die Kunden von den Gewerbetreibenden und Geschäftsleuten gut, schnell und billig bedient werden, daß also der volkswirtschaftliche Bedarf rasch, billig und zuverlässig gedeckt wird? Nein! - Sie haben nur ihr *einseitiges Profitinteresse* an den Zinsen, Provisionen und wie die Geldabzapfungskünste der Banken noch heißen. – Und was *erzeugen* denn die Banken? Nichts! Und was verdienen sie? Ungemessene Summen.

Also Wucherer und Schieber, Banken und Berufsleihkapitalisten decken keinerlei *Bedarf*, aber sie ziehen gewaltige Profite aus dem heute herrschenden zinskapitalistischen System, – mehr noch, sie sind die eigentlichen Herrn, Nutznießer und Ausbeuter dieser heute herrschenden antisozialen Wirtschaftsordnung. "Rentabilität" des Leihgeldes ist heute die Hauptaufgabe der Wirtschaft; d.h. die Arbeitenden haben unter diesem zinskapitalistischen System jeweils ein Gutteil ihrer Arbeitserträgnisse abzuliefern an das Großkapital der Banken, Börsen und an volkswirtschaftliche Wucherer und Schieber. Was tut der "Unternehmer" im üblen, landläufigen Sinn, der "Ausbeuter" und "Blutsauger" in der Ausdrucksweise der Arbeiterschaft? Er versucht durch möglichst geringe Lohnzahlung und durch Verwendung minderwertigen Materials einerseits, durch Massenproduktion oder "Aufmachung" und hohe Preise andererseits, einen möglichst hohen Profit für seine Tasche herauszuschinden.

Ihn kümmert nicht die Not seiner Arbeiter, ihm ist es gleich, wenn seine Waren als Schund bald weggeworfen werden müssen, um so besser, denn das bedeutet neue Aufträge für ihn und neuen Profit, das Volk ist ja dumm genug, immer wieder auf billigen Schund hereinzufallen, wenn er nur recht verlockend angepriesen und ausgestellt wird. Der Krebsschaden des Warenhauses (s.d.a.O.).

Sein "Profit", also die Rentabilität seines Kapitals, ist ihm Hauptsache, die "Bedarfsdeckung" nur Mittel zum Zweck.

Aber immerhin – er erzeugt doch wenigstens etwas, schafft Arbeit. Ganz anders ist demgegenüber der wahre Unternehmer zu beurteilen, der sich seiner hohen Aufgabe als Wirtschaftsführer bewußt ist. Ein solcher muß schon eine sittliche Persönlichkeit sein, wenigstens im volkswirtschaftlichen Sinn. Seine Aufgabe ist zunächst, die wirklichen wirtschaftlichen Bedürfnisse des Volkes zu erkennen, - oft leistet er als Erfinder selbst diese Pionierarbeit, - dann muß er die besten und billigsten Herstellungsverfahren ergründen, muß mit den Preisen an die unterste Grenze gehen, um seine Erzeugnisse einzuführen, muß tadellose Ware liefern, für dauernden Nachschub sorgen, muß seine Arbeiter gut entlohnen, um auch in ihnen kaufkräftige Abnehmer der volkswirtschaftlichen Erzeugnisse zu haben, muß stets bedacht sein auf Neuerungen und Verbesserungen im Betrieb und Vertrieb. Macht er dies zum Leitsatz seines Handelns, dient er also im besten und höchsten Sinne der "Bedarfsdeckung", so kommt der Gewinn ganz von selbst, ohne daß er diesen als höchstes Ziel anstreben müßte. Nicht minder hoch sind in dieser Hinsicht die wirklich großen Schöpfer unserer Großindustrie einzuschätzen, wie Carl Bosch, Krupp, Kirdorf, Thyssen, Abbé, Mannesmann, Siemens, um nur wahllos einige zu nennen.

Aber sofort schlägt die Wesensart solcher Betriebe um, wenn sie nicht mehr unter der selbstverantwortlichen Leitung einer sittlichen Persönlichkeit stehen, die meist ihren Arbeitern auch im wohlverstandenen Interesse ihres Betriebes fürsorglich und anständig gegenüber gestanden sind, – sondern "anonymisiert", "entpersönlicht" werden und in die Form einer Aktiengesellschaft oder G.m.b.H. übergehen.

Solange noch der Gründer und Schöpfer eines solchen Werkes als Hauptaktionär die alten gediegenen Überlieferungen seines Werkes pflegen kann, mag es noch angehen, aber meist beginnt schon bald nach der Umwandlung der Ansturm der reinen Profitinteressen der Aktionäre, d.h. der Berufskapitalisten. Die früheren Besitzer, die Vorstände, die Direktoren sind gegenüber Forderungen nach Verbesserungen im Betrieb, nach Verbesserung der Arbeitsbedingungen vom "Aufsichtsrat" abhängig - und dieser hat gar kein Interesse (über das des Sklavenhalters hinaus!) an dem Wohlergehen von Arbeiterschaft und Werk, solange er nur recht hohe

Dividenden für das hingestreckte Kapital erzielen kann. - Ganz verheerend wurden diese Zustände durch die Einführung der Inhaberaktie, so daß also jeder hergelaufene Schieber und Geldmensch Aktionär, Großaktionär und damit Besitzer größter industrieller Werke werden konnte, ohne das geringste vom Betriebe zu verstehen. Was sind den Berufsleihkapitalisten, den Großaktionären, den Börsianern, diese Anteilscheine, die Aktien anderes als "Spielpapier" an der Börse? Interesse an Produktionsstätte, Erzeugung und Arbeitsplatz hatten die "Aktionäre" ganz gewiß nicht, ja sie wußten und wissen meist gar nicht einmal die Produkte zu nennen, die Absatzverhältnisse, die Arbeits-, Lohn- und Gehaltsverhältnisse der Werke, deren "rechtmäßige" (!) Besitzer sie sind, auf Grund ihres an der Börse erschobenen Aktienpaketes dieser oder jener Fabrik.

Man muß sich einmal diese Dinge in ihrer volkswirtschaftlichen Tiefenwirkung klar machen, um die ganze Verderblichkeit dieses zinskapitalistischen Systems zu erkennen.

"*Profit*", *Rentabilität*, ist heute *die Aufgabe der Wirtschaft*.

Die *Warenhäuser* – Tietz, Wertheim, Karstadt usw. usw. lauter Juden - gehen einen etwas anderen Weg, ich deutete dies oben schon an. - "Anreiz", "Aufmachung", "Bluff", Erweckung von gänzlich unnötigen "Bedürfnissen", also von "Luxus", sind deren Geschäftsmethoden.

Riesenhafte Paläste von ungeheuersten Ausmaßen, mit allen Verfeinerungskünsten gebaut, verlocken zum Einkauf von meist unnützen Gegenständen, scheinbar billige Preise, günstige Zahlungsbedingungen verführen zu allen möglichen Luxusausgaben. – "Erfrischungsräume" erleichtern den Daueraufenthalt im Warenhaus. So sind die Warenhäuser mehr Pflanzstätten für Verschwendungssucht, denn niemand möge sich einbilden, daß er etwas geschenkt bekommt. Wirklich vermögende Leute gehen gewiß nicht ins Warenhaus, um ihre Einkäufe zu machen; sie wissen, was die armen Leute meist nicht wissen: "wer billig kauft, kauft teuer". Glauben denn die Käufermassen der Warenhäuser, daß diese Paläste anders als aus ihren eigenen Spargroschen gebaut werden! Glaubt der Besucher der Warenhäuser, daß nicht *er* selbst die "rollenden Treppen", Aufzüge, Ruheräume, die feenhafte Beleuchtung bezahlen muß!

Bedenkt man noch, daß das Warenhaus der Ruin des gewerblichen Mittelstandes ist, daß das Warenhaus in der grausamsten Weise Heimarbeit ausnützt, ebenso wie das Personal, daß das Hauptarbeitsgebiet der billige Schund ist, während die besseren Artikel teurer sind als in gediegenen Fachgeschäften, so rechtfertigt sich hieraus unser scharfer Kampf gegen die Warenhäuser. Wir sehen auch in diesen Einrichtungen eine besondere Organisationsform der zinskapitalistischen Idee, die nicht der wirklichen Bedarfsdeckung dienen, sondern hauptsächlich riesige Gewinne für die Aktionäre der Warenhäuser abwerfen sollen.

Unter diesem übergeordneten Gesichtspunkt der Bedarfsdeckungswirtschaft, die gar nichts mit kommunistischer Planwirtschaft zu tun hat, wie ausdrücklich vermerkt sein soll, gebührt der Frage nach der Stellung zum Privateigentum der erste Platz.

8. *Der Nationalsozialismus erkennt das Privateigentum grundsätzlich an, und stellt es unter staatlichen Schutz,* – und zwar das ehrlich erworbene und erarbeitete Eigentum. Eine grundsätzliche Erörterung kann hier nicht gegeben werden, aber wer die "Arbeit" richtig erfaßt hat, dem kann es keinen Augenblick zweifelhaft sein, daß die Arbeitserzeugnisse "Eigentum" des Arbeitenden sein müssen. Weder kann der Schaffende begreifen, daß seine Arbeitserzeugnisse bzw. deren Gegenwerte einer unfaßbaren "Allgemeinheit", "Allen" gehören sollen, noch will es ihm in den Sinn, daß die Früchte seiner Arbeit einem Einzelnen, dem Kapitalisten gehören sollen. *So wächst aus dem richtig verstandenen Arbeitsbegriff notwendigerweise die Anerkennung des Privateigentums heraus*. Schließlich handelt es sich auch hier wieder um allerletzte Dinge, wie beim Heimatgedanken. Die Heimat wird erst dann volles Erlebnis, wenn man auf "eigenem" Grund steht, wenn ein "Eigenheim" die Familie umschließt. Eigene Erdbeeren, Kartoffeln, Gemüse, Obst aus dem eigenen Garten schmecken eben einfach besser, als das geschäftsmäßige Abfüttern in Massenspeisehäusern. Wer diese Sehnsucht nach eigenem Besitz nicht kennt, wer das Glück eigenen Besitzes nicht genießen kann, der begreift nicht die grundlegende Bedeutung der Anerkennung des Privateigentums, der ist entweder wurzelloser Asphaltmensch, oder wurzelloser "Kapitalist", der das Eigentum der Schaffenden als Beute für sich ansieht und es auch durch die zinskapitalistischen Methoden verstand, fremdes Eigentum in seinen Besitz zubringen. – Charakteristisch ist, daß mit dem "Raubeigentum" des Kapitalisten untrennbar eine unersättliche Gier nach immer neuem Besitze, - möglichst leicht beweglichen Besitz - einhergeht, während der nordische Mensch, der Bodenständige, ganz ausgesprochen "*bescheiden*" ist. Er will von vornherein

nicht mehr, als was er "erarbeiten" kann. Kein Arbeiter, der sich eine großartige Villa bauen möchte, die er nie erarbeiten könnte; aber ein hübsches schmuckes Eigenheim, das möchte er, das möchte er dann aber auch zu eigenem, freien Besitz, nicht zur "Miete", wo er an Miete im Laufe seines Lebens drei- oder viermal mehr bezahlt, als was das ganze Haus gekostet hat. Dagegen der raffgierige Jude, der Kapitalist, – er will gar nicht so fest an irgendeine Scholle gebunden sein, ein großer Geldschrank, enthaltend Stöße von Aktien und sonstigen Effekten, Pfandscheinen, Schuldverschreibungen, sind sein höchstes Ideal. Reichtum, Reichtum nicht an Gütern, sondern an verpfändetem fremden Gut ist sein Ziel, er "arbeitet" nicht, aber er ruht und rastet nicht, bis er sich im Besitze von so und so viel "Forderungstiteln" sieht, auf Grund deren er die Zinspeitsche über seine "Schuldner" – (die ihm doch nichts schuldig sind) schwingen kann. Dieser Entwicklung setzt unser Programm in Ziffer 9 einen Damm entgegen.

9. *Das Wohl des Volkes setzt aber der maßlosen Reichtumsanhäufung in den Händen Einzelner eine Grenze*.

An sich ist Reichtum und Besitz gar nicht schädlich, im Gegenteil, ein gut verwalteter Besitz dient allen daran Beschäftigten. Wieder ist es die besondere Form der zinskapitalistischen Wirtschaft, die den Segen des Reichtums in das Gegenteil umschlagen läßt und zum Unsegen, zur Ausbeutung werden läßt. Immer härter und schärfer scheidet sich die große Masse der besitzlosen Arbeiter des verschuldeten Mittelstandes von den "Reichen", von den Kapitalisten; zahllose frühere kleine Besitzer sind enteignet worden, sind überschuldet, und immer grauenhafter wächst die Geldmacht der Berufskapitalisten, der Leute, die kein Vaterland, keine Heimat kennen, die in ihren modernen Raubritterburgen, den Banken, die Bevölkerung ausplündern.

Demgegenüber sollen im nationalsozialistischen Staat

10. *Alle Deutschen eine Werkgemeinschaft bilden zur Förderung der allgemeinen Wohlfahrt und Kultur*.

Diese "Werkgemeinschaft" ist eben der wirtschaftspolitische Niederschlag der universalistischen Vorstellung vom Bau der Gesellschaft. Jede Arbeit, jede Leistung hat im Rahmen des höheren Gedankens der Dienstleistung für die Allgemeinheit zu stehen. Dies steht keineswegs im Widerspruch mit persönlichen Bestrebungen, mit persönlichem Fleiß und persönlicher Tüchtigkeit, nur "auf Kosten der Mitmenschen" darf sich das Vorwärtskommen der

Einzelnen nicht abspielen und so betont Ziffer 11 ausdrücklich:

11. *Im Rahmen der allgemeinen Arbeitspflicht jedes Deutschen und unter grundsätzlicher Anerkennung des Privateigentums steht jedem Deutschen freie Erwerbsmöglichkeit und freie Verfügung über seinen Arbeitsertrag zu.*

Mit dieser Feststellung werden ausdrücklich "planwirtschaftliche, marxistische, ebenso wie hochkapitalistische Sozialisierungsbestrebungen" abgelehnt. Möglichst viele freie selbständige Existenzen sollen, verbunden durch den sozialen Gedanken der Dienstleistung, den Staat bilden. - - Freilich ist es unmöglich, Zechen, Hochöfen, Walzwerke oder Schiffswerften im "Kleinbetrieb" zu betreiben, aber 100 000 freie selbständige Schuhmachermeister sind z.B. volkswirtschaftlich und staatspolitisch besser als fünf Riesenschuhfabriken.

Die riesigen weitabgelegenen Ländereien im Norden und Osten Deutschlands lassen sich nutzbringender im Großbetrieb bewirtschaften als mit Einzelsiedlungen. Die Einzelsiedlung gehört im weiten Kranz um die Städte und an den Marken. Unsere Ziffer 12 fordert:

12. *Die gesunde Mischung von Klein-, Mittel- und Großbetrieben auf allen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens, also auch in der Landwirtschaft, bleibt aufrechterhalten.*

13. *Riesenbetriebe* (Konzerne, Syndikate und Trusts) *werden verstaatlicht.*

Auch diese Forderung ergibt sich folgerichtig aus unserem ganz allgemeinen Kampf gegen die kapitalistische Idee. - - Syndikate und Trusts dienen in erster Linie der Absicht, in irgendeinem Produktionsgebiet einen Zusammenschluß gleicher Betriebe zum Zwecke des *Preissyndikats* zu erreichen. Nicht das Bestreben, beste und billige Güter zu liefern, ist vorherrschend, sondern Güte, Menge und Preis der Ware den Verbrauchern vorzuschreiben. Besonders beliebt sind derartige "Ringe" bei den einzelnen gewinnbringenden Betrieben. Neue Unternehmungen gleicher Art werden aufgekauft oder stillgelegt, oft gegen riesige Abstandssummen. Man regelt auf diese Weise das "Angebot" selbst durch "Kontingentierung" und ist nun in der Lage, nach dem angeblich grundlegenden Gesetz von "Angebot und Nachfrage" die *Preise* zu regeln! – und darauf kommt es ja den Aktionären nur an - nicht darauf, daß durch

Wettbewerb die Preise möglichst niedrig gehalten werden. Und vor allem werden Neuerungen und Erfindungen argwöhnisch beobachtet, am liebsten unterdrückt, wenn sie eine Gefahr für die "Rentabilität" der alten Betriebe sind. – Solche Betriebe, die als riesige Trusts nur mehr von einem Beamtenapparat betrieben werden, bezeichnen sich damit selbst als "sozialisierungsreif", d.h. sie haben aufgehört, die Aufgabe der immer strebend sich bemühenden, ringenden Unternehmerpersönlichkeit im Dienste der Allgemeinheit zu erfüllen, sie sind im Grunde erstarrt und sollen nur noch der Profitgier des Leihkapitals dienen.

14. *Wucher und Schiebertum, sowie die rücksichtslose Bereicherung auf Kosten und zum Schaden des Volkes wird mit dem Tode bestraft.*

Unser geltendes Recht schützt zwar ganz besonders das Eigentum des einzelnen. Ein kleiner Diebstahl wird oft im Rückfall unmenschlich bestraft, dagegen bieten unsere Gesetze keine Handhabe, die Großgauner zu fassen, die mit "kapitalistischen Methoden" die ganze Bevölkerung bestehlen. Wir denken hier in erster Linie an die Urheber und Nutznießer der *Inflation: Noch nie war es in der Geschichte erhört, daß einem ganzen fleißigen Volk durch ein Inflationsverbrechen in dem ungeheuerlichen Ausmaß der deutschen Währungszerstörung alle Ersparnisse geraubt wurden.*

*Die Wucherei der Banken nach der Stabilisierung war mehr als Straßenraub*. Den Praktiken der Kriegsgesellschaften fielen mehr Deutsche zum Opfer als einer organisierten Räuberbande.

Wir werden uns mit diesen Dingen seinerzeit noch eingehend zu befassen haben, wir müssen dafür auch die rechtlichen Formulierungen finden; aber, daß "organisierter Volksbetrug" ebenso strafbar, ja noch schwerer zu ahnden ist als Einzeldiebstahl oder Betrug, wird jedermann einleuchten.

15. *Einführung eines Arbeits- (oder) Dienstjahres für jeden Deutschen.*

Die Arbeitsdienstpflicht soll die sichtbare Darstellung der hohen Idee der Dienstleistung gegenüber der Allgemeinheit sein. Sie soll erzieherisch wirken, sie soll jedem Deutschen in Musterbetrieben die Arbeit der

gesamten Wirtschaft vor Augen führen, sie soll in strenger Pflichterfüllung jedem Deutschen den Segen der Arbeit im Dienste der Nation zeigen.

Eine eigene Untersuchung dieser Schriftenreihe wird sich auch mit diesem Problem eingehender befassen müssen.

# Finanzpolitik

"**Brechung der Zinsknechtschaft**."

Die grundsätzlichen Gedankengänge über dieses wichtigste Gebiet sind im zweiten Kapitel so eingehend erörtert worden, daß hier nur die Maßnahmen aufgezählt werden sollen, die dieses Ziel in der Praxis herbeizuführen geeignet sind.

16. **Befreiung des Staates und damit des Volkes aus seiner zinspflichtigen Verschuldung gegenüber dem Großkapital**.

Der Staat darf keine Schulden machen - denn er hat dies auch gar nicht notwendig. Der Staat ist eben *nicht* gleichzusetzen mit einem kreditbedürftigen Privatmann, der manchmal Schulden machen *muß*, obwohl es

wirtschaftlich falsch ist: der Staat ist der Herr der Münzhoheit, er kann also, was der Private nicht kann – *Geld machen*! Er hat dies ja auch getan in geradezu wahnsinniger Weise während der Inflation. Und auch getan mit der Rentenmark – und ebenso – allerdings nach Preisgabe seiner Hoheitsrechte an die sog. Reichsbank - mit der sog. Reichsmark.

Dieses Herrschaftsrecht zur Geldschöpfung könnte der Staat sehr wohl besser ausnützen, ohne in die Gefahr der Inflation hineinzugeraten. Allerdings nur dann, wenn er nach

17. *Verstaatlichung der Reichsbank-A.-G. und der Notenbanken,*

18. *die Geldbeschaffung für alle großen öffentlichen Aufgaben (Ausbau der Wasserkräfte, Verkehrswege usw.) unter Vermeidung des Anleiheweges durch die Ausgabe zinsloser Staatskassengutscheine bzw. auf bargeldlosem Wege durchgeführt.*

Mit anderen Worten: Das leichtfertige *Papiergelddrucken ohne Schaffung neuer Werte* bedeutet – wir haben es alle erlebt – Inflation. Dies läßt aber den folgerichtigen Schluß zu, daß eine Ausgabe von Staatskassengutscheinen keine Inflation hervorrufen kann, wenn neue Werte geschaffen werden.

Daß die Schaffung großer volkswirtschaftlich wichtiger Aufgaben heute immer nur auf dem "Anleiheweg" erfolgt, ist ja geradezu toll. Hier wäre eben das ausgesprochene Gebiet für eine vernünftige volkswirtschaftliche Ausnützung des "Geldschöpfungsrechtes" des Staates.

Es muß ja jedermann einleuchten, daß z.B. der Bau eines großen Elektrizitätswerkes durch Ausnützung großer Wasserkräfte in folgender einwandfreier Weise durchgeführt werden könnte:

Die Regierung bringt bei der gesetzgebenden Körperschaft eine Vorlage ein über die Ausnützung der bayerischen, sächsischen usw. Wasserkräfte, alle wirtschaftlichen Gesichtspunkte sind genauestens gewürdigt. Der Landtag usw. beschließt dann den Bau, er erteilt auch gleichzeitig die Genehmigung an den Finanzminister bzw. die betreffende

Reichs- oder Staatsbank eine neue Reihe von Banknoten auszugeben mit dem besonderen Vermerk, daß diese neuen Noten ihre Deckung – und zwar ihre *volle* Deckung – in dem Zug um Zug neu entstehenden Werke fänden. Außerdem steht ja diesen Noten hilfsweise noch der Gesamtkredit des Landes bzw. des Reiches zur Seite. Niemand kann also den Einwand der Inflation geltend machen. Mit diesem auf Grund der Kreditbewilligung durch die "Volksvertretung" geschaffenen "Zusatzgeld" wird gebaut, die Noten sind wie die anderen gesetzliches Zahlungsmittel.

Ist dann das Werk vollendet, dann wird gegen dieses Geld Stickstoff oder Elektrizität geliefert und in wenigen Jahren können die ausgegebenen Noten wiedervereinnahmt sein und vernichtet werden. Erfolg: *Der Staat, das Volk hat sich ein neues Werk geschaffen, das ihm eine neue gewaltige Einnahmequelle erschlossen hat, das Volk ist um dieses Werk – reicher geworden.*

Nichts erweist die Unsinnigkeit des heutigen zinskapitalistischen Systems klarer als die ganz kurze Gegenüberstellung des derzeitigen Verfahrens. Nach der "Kreditbewilligung" durch Reichs- oder Landtag ist nämlich heute – kein "Kredit" bewilligt –, sondern nur bewilligt, daß man bei den Banken, bei den Berufsleihkapitalisten – Schulden macht!!

Man nimmt eine "Anleihe" auf. Was das *ganze* Volk trotz Volksvertretungsbeschlußes *nicht* "kann". das können nun auf einmal ein paar "Kapitalisten" – diese bewilligen dem Staat eine Anleihe. Anleihe natürlich gegen Zinsen. Statt daß der *Staat sein* Hoheitsrecht direkt ausnützt im Dienst des Volkes, verspricht er über die Bausumme hinaus, die ja doch unter allen Umständen für die Amortisation des Werkes aufgebracht werden muß, auch noch dauernde Zinsen. Er hängt sich also einen Mühlstein an den Hals. Und was das Köstlichste dabei ist, er druckt *auch* neues Papier, – er gibt "Obligationen" aus, – er schafft also *auch* "zusätzliche Kaufkraft". Bilanzmäßig betrachtet, besteht gar kein Unterschied, ob den neuerbauten Werkes neues "Papiergeld" gegenüber steht, oder – neue "Obligationen". Aber zum Schaden der Allgemeinheit bedeuten die Obligationen eine "Verpfändung" der neuen Werke an das Finanzkapital, das sich natürlich alle Rechte sichert, die Preise diktiert und allen Nutzen für sich nimmt. In Wirklichkeit ist somit das Finanzkapital um die ausgebauten nationalen Wasserkräfte bereichert worden, auf eine "Rückzahlung" legt die Finanz gar keinen Wert, sie will eine dauernde Melkkuh aus derartigen

Monopolstellungen sich schaffen. Die Bevölkerung muß teueren elektrischen Strom, teueren Luftstickstoff usw. bezahlen. Das Leihkapital hat wieder einen Teil des Volksvermögens sich zinspflichtig gemacht.

Ich muß es bei diesem kurzen Beispiel bewenden lassen, meine bisherigen Kampfschriften, vor allen Dingen "Der deutsche Staat", behandelt diese Fragen so eingehend, daß sie hier nicht wiederholt werden können. Im übrigen bringen mehrere Hefte dieser Sammlung noch verschiedene Sondergebiete dieser neuen Geldbeschaffungsmethode des kommenden Staates.

Punkt 19 fordert die *Einführung einer festen Währung*. Die haben wir nun allerdings - aber die Ausbeutung ist die gleiche geblieben. Wir Nationalsozialisten hatten seinerzeit die Vorbereitungen getroffen, nach der Machtergreifung sofort dem Inflationsschwindel ein Ende zu bereiten und eine neue Währung aufgedeckter Grundlage einzuführen.

20. *Die Schaffung einer gemeinnützigen Bau- und Wirtschaftsbank.*

Diese Forderung ist in Heft 8 der Nationalsozialistischen Bibliothek: "Die Wohnungsnot und die soziale Bau- und Wirtschaftsbank als Retterin aus Wohnungselend, Wirtschaftskrise und Erwerbslosenelend" eingehend dargelegt und begründet. Bemerkenswert ist, daß wir mit dieser finanzpolitischen Forderung schon am weitesten in andere politische Kreise eingedrungen sind.

Im Jahre 1921 habe ich bereits diese grundlegende Forderung unter Vorlage eines ausgearbeiteten Gesetzentwurfes den bayerischen Ministerien vorgelegt. Ich fand auch damals weitgehendes Verständnis - solange man "Fachleute" – d.h. Bankiers – zu Rate zog, rückte die Regierung von den "Federschen Utopien" ab.

Nach den erfolgreichen Thüringer Wahlen im Februar 1924 haben unsere Parteigenossen im Thüringer Landtag tatkräftig die Errichtung einer sozialen Bau- und Wirtschaftsbank für Thüringen betrieben und fanden auch die verständnisvolle Zustimmung des damaligen thüringischen Finanzministers von Klüchtzner und ebenso die Zustimmung der bürgerlichen Parteien. Ein Mehrheitsbeschluß des Landtages bevollmächtigte die Regierung zur

Errichtung einer S.B.W.-Bank. Da verbot die Reichsregierung unter dem Druck der Reichsbank (!) die Ausführung des "Volkswillens".

Ich hatte inzwischen auch dem Reichstag einen Gesetzentwurf für ein Rahmengesetz für derartige, in den einzelnen Ländern zu errichtende Baubanken zugehen lassen, der aber in der kurzen Sitzungszeit des Dawesjahres 1924 wohlweislich von den Regierungsparteien verschleppt wurde bis zur Auflösung im Herbst 1924.

Auch in Mecklenburg lag ein Landtagsbeschluß der damaligen sog. Rechtsparteien vor, der die Einführung einer sozialen Bau- und Wirtschaftsbank verlangte. Dieser Beschluß wurde durch die Unentschlossenheit des dortigen deutschnationalen Finanzministers unwirksam gemacht, auch unter Hinweis auf das Verbot, das von seiten der "Reichsbank" zu erwarten sei.

Der Grundgedanke der Baubank ist ebenso einfach und einleuchtend wie der oben entwickelte Plan der Geldbeschaffung für große öffentliche Aufgaben.

Eine gemischtwirtschaftliche Körperschaft, die sog. Bau- und Wirtschaftsbank, soll das Recht zur Ausgabe von Baugeld (Baumark-Scheinen) bekommen, die ihre Deckung in den neugebauten Häusern finden sollten. Die neuen Häuser könnten also ohne die riesige Zinsbelastung errichtet werden, die heute allein das Bauen im notwendigen Umfang unmöglich macht.

Das hohe volkswirtschaftliche Endziel könne auf diese Weise der Verwirklichung nahe gerückt werden:

Jedem Deutschen sein Eigenheim!

Ein freies Volk auf freiem Grunde!

21. *Durchgreifende Umgestaltung des Steuerwesens nach sozialen, volkswirtschaftlichen Grundsätzen. Befreiung der Verbraucher von der Last der indirekten Steuern, sowie der Erzeuger von den einengenden Steuern.*

(Steuerverbesserung und Steuerbefreiung.)

Ich muß es mir versagen, hierzu Einzelangaben zu machen, sie finden sich in einem in Kürze erscheinenden Heft der Nat.-soz. Bibliothek.

# Sozialpolitik

Sozialpolitik ist so ziemlich das beliebteste Schlagwort unserer derzeitigen Politikaster, es klingt so schön, macht beliebt und treibt die Wählermassen in den Stall der jeweils alleinseligmachenden Partei.

Wenn sämtliche Parteien den Beamten z.B. Gehaltsaufbesserungen versprechen, so nennt man das: Sozialpolitik.

Wenn ebenso die Parteien Angestellten und Arbeitern Berücksichtigung ihrer Wünsche versprechen, so ist dies angeblich: Sozialpolitik.

Wenn da und dort an den offenkundigen Schäden in der Versorgung der Kleinrentner oder Kriegsbeschädigten oder Junglehrer oder Auslandsdeutschen herumgedoktert wird, nennt man dies wieder Sozialpolitik.

Und das ganze Volk läuft diesen politischen Rattenfängern nach, wenn sie auf ihrer sozialpolitischen Flöte spielen.

Zunächst müßte man sich darüber klar sein, daß "Sozialpolitik" "*Das allgemeine Wohl als oberstes Gesetz*" anerkennen heißt, und daß die heutige sog. "*Sozial*politik" in Wirklichkeit "*Spezial*politik" ist, d.h. ohne Rücksicht auf das allgemeine Wohl wird Interessenpolitik getrieben, gewissenlos werden alle möglichen Versprechungen gemacht, von deren Unerfüllbarkeit die Versprechenden eigentlich von vornherein überzeugt sein müssen.

Bei der heutigen *politischen, wirtschaftlichen und finanziellen* Ohnmacht Deutschlands, bei dem weltpolitischen

Ausdruck, den diese Tatsachen in den Dawesgesetzen und jetzt durch die Young-Gesetze gefunden haben, im Rahmen der sogenannten Erfüllungspolitik, die der deutschen Bevölkerung Opfer auferlegt, die sie eben ein für alle Mal an die unterste Grenze der Lebensmöglichkeit drückt – ist es ebenso verlogen wie lächerlich, von "Sozialpolitik" zu reden. Sozialpolitik von heute heißt daher, in dem ohnedies viel zu engen Lebensraum des deutschen Volkes, wo einer auf den anderen tritt, einer über den anderen hinauswill, rücksichtslos einer den anderen beiseite schiebt, die verschiedenen Bevölkerungsschichten *gegeneinander* ausspielen, einer Gruppe *auf Kosten der anderen* etwas versprechen, heißt in Wirklichkeit also nicht "Sozial"-, nicht "Gemeinsinn"-Politik treiben, sondern Klassen- und Standesverhetzungspolitik. Man weiß dabei genau, daß selbst eine vorübergehende "Besserung" sofort durch Teuerung oder Steuern wieder aufgehoben wird.

Noch eine andere Absicht umschreibt der Begriff "Sozialpolitik" - den Willen zur "*Lösung der sozialen Frage*."

Die "Enterbten des Glücks", die Entrechteten, Ausgebeuteten, die Arbeitermassen glauben, daß ihnen der gerechte Lohn, die richtige Stellung, daß ihnen Achtung und Anerkennung in der Gesellschaft vorenthalten werden, daher "*Klassenkampf*".

Und wer möchte leugnen, daß sich schwere Schäden, bittere Ungerechtigkeiten in unserem Wirtschaftsleben eingefressen haben. Und dennoch, die Schlußfolgerungen, die der Marxismus eben mit seiner "Klassenkampflehre" zieht, und vor allem seine "sozial- und wirtschaftspolitischen" Forderungen der "Expropriation der Expropriateure" und der "Sozialisierung" sind so grundfalsch wie nur möglich, denn sie schlagen in allen wesentlichen Forderungen einer wahren Sozialpolitik, der das allgemeine Wohl oberstes Gesetz ist, geradezu ins Gesicht.

Klassenkampf als politisches Prinzip - heißt den Haß als Leitsatz predigen.

Expropriation der Expropriateure - heißt den *Neid* zur Wirtschaftsgrundlage erheben, und "Sozialisierung" heißt, die Führer-"Persönlichkeit" erschlagen und Materie, Masse an Stelle des Geistes und der Leistung auf den Schild erheben.

Heute brauchen wir keine weiteren Beweise für den vollkommenen Zusammenbruch der marxistischen Lehre anzuführen in Anbetracht des vollkommenen Bankerottes des kommunistischen Wirtschaftssystems in Rußland und in Anbetracht des elenden und jämmerlichen Versandens der deutschen Revolution von 1918.

Auch hier möchte ich besonders die Aufmerksamkeit der Leser darauf richten, daß dieser Pseudosozialismus marxistischer Prägung alles andere, nur nicht "gemeinsinnig", nur nicht "sozial", nicht organisch aufbauend, sondern zu tiefst und zwar diesmal wirklich nur in den Tiefen und Niederungen politischen Denkens bleibend – auf der gleichen weltanschaulichen Grundlage, des krassesten "Indivitualismus", des chaotischen Baues der Gesellschaft beruht, wie wir es in dem grundsätzlichen Teil kennengelernt haben. Es steht hier nur eine Vielheit von Einzelpersonen, aber lediglich verbunden durch Haß und Neidgefühle, – nicht sinnvoll-organisch in einem höheren Gedanken –, gegen die andere Hälfte des Volkes. Was Wunder, daß auf diese Weise die Lösung der sozialen Frage nicht gelingt, nicht gelingen kann, sondern daß nur Haß und Ausbeutungswillen die Antwort sein kann. Daß kein lebendiges Straßenwesen entstehen kann noch konnte, sondern ein Scherbenhaufen das Ergebnis der marxistischen Börsenrevolte sein mußte.

Wiederum hat der Nationalsozialismus hier grundsätzlich das richtige Wort ausgesprochen: "*Börsenrevolte*". *Der Marxismus ist ein ausgesprochen kapitalistisches Truggebilde. Kapitalistisch, weil Blüte und Faulfrucht der chaotischen gesellschaftlichen Zustände des individualistischen Aufbaus der Gesellschaft notwendigerweise der Hochkapitalismus sein muß.*

Die scheinbaren "antikapitalistischen" Erscheinungen angeblich sozialpolitischer Natur (Marxismus, Klassenpolitik der Berufsstände), also die heutige sog. Sozialpolitik, müssen, weil auf der gleichen geistigen Grundlage stehend, auch notwendigerweise, "kapitalistisch" sein, es dreht sich nicht um den Willen zum organischen, gliedhaften Einbau, um die sorgfältige und fürsorgliche Eingliederung der verschiedenen Erwerbsstände unter die höhere Idee der Volksgesamtheit, sondern um rein egoistische, brutale Bestrebungen, ohne Rücksicht auf die anderen, die eigene Lage zu verbessern.

Kapitalismus und Marxismus sind eins! sie wachsen aus der gleichen geistigen Grundlage. Wir Nationalsozialisten

sind ihre schärfsten Gegner, denn uns trennt eine Welt, trennt unsere ganz andere Vorstellung vom Bau der Gesellschaft von ihnen, uns ist nicht Klassen- oder Klassenkampf, nicht Klassen- oder Klassenegiosmus – sondern das allgemeine Wohl oberstes Gesetz.

Hieraus ergibt sich wiederum, daß unsere wenigen Einzelforderungen auf sozialpolitischem Gebiet wohl viele oder fast alle landläufigen Forderungen außer Betracht lassen, dafür aber die wirklich großen, bedeutsamen und für alle Volksgenossen gleich wichtige Aufgaben einer wahren Sozialpolitik umreißen.

22. *Großzügiger Ausbau der Altersversicherung durch Verstaatlichung des Leibrentenwesens. Jedem deutschen Volksgenossen wird von einem bestimmten Lebensalter oder bei vorzeitigem Eintritt dauernder Erwerbsunfähigkeit eine auskömmliche Rente sichergestellt.*

*Das ist die Lösung der sozialen Frage*.

Es ist nicht so sehr die direkte Unzufriedenheit mit Lohn, Gehalt, Einkommen, was die soziale Spannung auslöst, als vielmehr die Unsicherheit, die Sorge um das Alter, die Angst, gerade in späteren Jahren auf die Straße zu fliegen. Diese fürchterliche Angst treibt die einzelnen Berufsstände zusammen in scheinsoziale Organisationen marxistischer und kapitalistischer Prägung und schwört damit erst recht den Kampf zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen herauf. Dabei werden auf der Arbeitnehmer- wie Arbeitgeberseite die niederen Instinkte losgebunden und die gegenseitige Verhetzung ist die Folge. Das richtige Endziel der Arbeitnehmer verflacht im Kampf um augenblickliche kurzfristige Lohnerhöhungen und erreicht nie sein, *das* große Ziel wahrer Sozialpolitik - die allgemein auskömmliche Altersversorgung.

Wiederum sehen wir, wie hier der Staat bei den Staatsdienern eine immerhin schon gute und vorbildliche Lösung gefunden hat in der "Ruhestandsversorgung" der Staatsbeamten.

Es ist dies die glückliche Auflösung des kapitalistischen Rentenideals in das richtige, auf die persönliche Arbeit und Leistung abgestellte Fürsorgeideal des *wahren* Staates.

Dieses Vorbild zum Allgemeingut für alle arbeitsamen Volksgenossen zu machen, wird als das höchste und vornehmste Ziel nationalsozialistischer Sozialpolitik sein.

Ziffer 23. *Beteiligung aller am Gewinn*.

Die NSDAP hat sich die Forderung nach Gewinnbeteiligung zu eigen gemacht. Diese ist im Grunde eine rein sozialistische Forderung im besten Sinne des Wortes, sie tritt uns aber auch ebenso als lockeres, verderbliches Geschenk des Kapitalismus entgegen.

Gewinnbeteiligung an Gewinnen, deren Entstehung der Arbeiter anderer zu verdanken ist, fällt unter das vom Nationalsozialismus besonders scharf bekämpfte arbeits- und mühelose Einkommen.

Gewinnbeteiligung an den Erträgnissen der eigenen Arbeit ist eine so selbstverständliche Forderung nach sozialer Gerechtigkeit, daß im Grundsatz nichts dagegen zu sagen ist.

Die Schwierigkeit der Frage beginnt erst bei der Durchführung, d.h. bei der Abgrenzung des Anteils am Gewinn, der der wirklichen Leistung des einzelnen Schaffenden, seinem Fleiß und seiner Geschicklichkeit seine Entstehung verdankt, und dem Teil, der auf die Rechnung des Erfinders des Verwerters, des Kaufmanns, des Betriebsleiters, der Geschäftslage sonstiger Umstände zu setzen ist.

Sicherlich ist die Forderung nach Gewinnbeteiligung für die Steigerung des Ertragsreichtums von großer Wichtigkeit. Auch im Rahmen der heutigen Profitwirtschaft könnten gewisse Teile des Raubes, den der reine Leihkapitalist an der Herstellungsarbeit erzielt, für die Schaffenden gerettet werden.

Wie später in einem nationalsozialistischen Staat die Frage der Gewinnbeteiligung gelöst werden wird, steht hier nicht zur Besprechung.

Ich persönlich hielte eine allgemeine *Preissenkung* bei gleichbleibenden Löhnen und Gehältern, durch Verwendung

der heutigen Unternehmerprofite für den richtigeren und wirksameren Weg zur Erfüllung der Forderung nach Gewinnbeteiligung an der gesamten nationalen Produktion.

Es ist aber wohl möglich, daß der nationalsozialistische Staat die Frage der Gewinnbeteiligung in viel umfassenderem Sinne lösen wird, als es sich heute in den kapitalistisch und marxistisch orientierten Köpfen malt.

Die Quelle der Forderung nach Gewinnbeteiligung ist im allgemeinen entweder die Gewinnsucht, dann ist sie ihrem inneren Wesen nach "kapitalistisch", oder der Neid, dann ist sie "marxistisch".

Nur im idealen Sinne, wie sie der Nationalsozialismus auffaßt, ist sie berechtigt, weshalb bei der seinerzeitigen Lösung dieses Problems ebensosehr die kapitalistische Idee der Kleinaktie vermieden werden muß, die nur den Zweck hat, den Großaktionären Form und Vorrecht ihres Profits zu sichern, wie die marxistische Idee des Neiders, die "angeblich jedem das Gleiche", in Wirklichkeit keinem etwas bringt, denn sie erschlägt den Wert der Persönlichkeit und schädigt damit die Allgemeinheit.

An einigen Beispielen sei dies klargestellt:

Es nützt den "gewinnbeteiligten" Arbeitern in einer Schuhfabrik gar nichts, wenn sie etwa kleine Arbeiteraktien oder kleine Gewinne ausbezahlt oder ein Paar Schuhe zu Nettopreisen bekommen, wenn sie dann ihre Hemden, Anzüge, Hosen, das Bier, Wurst und Brot um so teurer bezahlen müssen, weil auch dort die Schneider, Metzger, Bäcker und Bierbrauer die Gewinnsucht der Brot-, Bier-, Tuch- und Konfektionsfabriken durch ihre "Gewinnbeteiligung" decken!!

*Preissenkung ist das Zauberwort, das jeden Volksgenossen "gewinnbeteiligt" macht an der nationalen Gesamtproduktion.*

Es kann auch dem sozialen Gerechtigkeitsgefühl eines richtigen Nationalsozialisten nicht genügen, daß Straßenkehrer, Steinklopfer, Taglöhner, das Heer der Eisenbahner, Briefträger, Transportarbeiter, Müllkutscher,

Krankenpfleger, um nur einige Gruppen zu nennen, *dauernd*, Landarbeiter, Grubenarbeiter, Schwerarbeiter, Bauarbeiter fast immer von einer *Gewinnbeteiligung ausgeschlossen* bleiben sollen, weil eben beim Straßenkehren, Steinklopfen, Brieftragen usw. überhaupt keine "Gewinne" gemacht werden, keine Mehrwerte erzeugt werden. Und in der Landwirtschaft (wobei man nicht immer starr an die wenigen Großbetriebe mit Land-, Vieh-, Forst-, Teich- usw. Wirtschaft, sondern an die vielen Millionen der Klein- und Mittelbetriebe denken muß) kann man nur in sehr seltenen glücklichen Erntejahren von eine "Rentabilität" sprechen, ebenso wie auch in der Schwerindustrie die *Zeche* selbst, unter dem Druck der Weltkonkurrenz, den wenigsten Gewinn abwirft.

Unter diesen Millionen der Arbeiter und Angestellten, die in den oft wichtigsten Urarbeitszweigen beschäftigt sind, für die nach Lage der Sache eine direkte Gewinnbeteiligung gar nie oder fast nie in Frage kommen kann, sollen die verhältnismäßig zahlenmäßig weniger bevorzugt werden, die zufällig als Ausgeher, Aufwaschfrauen oder Pförtner in einer Spielhölle, einem Luxusbad, einer Spezialfabrik beschäftigt sind, oder als Arbeiter in einem optischen, chemischen oder sonstigen Betrieb mit Monopolstellung oder Weltruf tätig sind. Diese sollen an den Luxusgewinnen, Dividenden, mitbeteiligt sein, sollen diese Genüsse für die Mehrzahl der Volksgenossen noch unerreichbarer und unerschwinglicher machen?

Wohl läßt sich an eine Ausschüttung von Prämien, Tantiemen und Weihnachtsgeldgaben danken an Arbeiter, Angestellte und Beamte, die durch längere Jahre und durch besondere Leistungen sich um das Unternehmen besonders verdient gemacht haben. Diese Bestrebungen sozialpolitischer Natur, wie sie z.B. vom DHV angestrebt werden, brauchen und sollen hier bei dieser allgemeinen und grundsätzlichen Frage weder herangezogen noch bekämpft werden. Diese Forderung ist besonders im heutigen System eine wichtige werberische Forderung. Der "Gewinn" ist meist abhängig von kapitalistischer Geschäftslage oder vom Geschick des technischen oder kaufmännischen Leiters, - er kann zunichte gemacht werden durch eine Fehlkonstruktion wie durch einen Berechnungsfehler. Arbeiter und Angestellte mögen noch so fleißig sein, sie vermögen das Jahresendergebnis, den Gewinn oder Verlust, wenig oder gar nicht zu beeinflussen. – Ihre Arbeitsleistung berechtigt sie sehr wohl zur Forderung der entsprechenden auskömmlichen Lohn- und Gehaltszahlung, aber es gibt keine wirtschaftliche oder moralische Begründung für den Anspruch auf Gewinnbeteiligung. Mit Recht würden sie sich gegen die Zumutung wehren, den *Verlust* eines Geschäftsjahres aus ihren Ersparnissen decken zu sollen, mit Recht wehren sich Arbeiter

und Angestellte dagegen, daß schlechte Geschäftsführung, verschwenderische Lebenshaltung des Chefs durch Kürzung an ihren Löhnen und Gehältern ausgeglichen werden soll. Aber "Gewinnbeteiligung" läßt sich nun einmal nur rechtfertigen, wenn auch Gefahr und Verlust mitgetragen werden soll und kann, oder wenn besondere Leistungen dies rechtfertigen.

Die übermäßige Gewinnanhäufung, insbesondere bei solchen Gesellschaften, welche innerhalb der Gesamtwirtschaft einen monopolistischen Charakter haben, ist grundsätzlich zu bekämpfen. Die Etablierung einer Machtstellung durch Kapitalkonzentration könnte bei einer nicht im nationalsozialistischen Geiste geleiteten Verwaltung eine Gefahr werden. Es wird in jedem einzelnen Falle zu prüfen sein, wie weit derartige Gewinne im öffentlichen Interesse liegen, respektive ob nicht durch Preisherabsetzungen der von derartigen Gesellschaften auf den Markt gebrachten Erzeugnisse der der Gesellschaft bisher verbleibende Nutzen zum Teil der Allgemeinheit zugängig gemacht werden muß.

Ziff. 24. *Einziehung aller nicht auf ehrlicher Arbeit beruhenden Kriegs-, Revolutions- - und wir erweitern- Stabilisierungs- und "Aufwertungsgewinne", sowie von Hamster- und Wuchergut.*

Dies ist eine Straf- bzw. Gerechtigkeitsmaßnahme, die keiner grundsätzlichen Erläuterung bedarf.

Ziffer 25. *Behebung der Wohnungsnot durch umfangreiche Wohnungsbauten im ganzen Reich mit den Mitteln der nach Ziffer 20 zu schaffenden gemeinnützigen Bau- und Wirtschaftsbank* – beschließ die Reihe der sozialpolitischen Forderungen. Über die technische, geldliche und wirtschaftliche Seite kann hier und konnte oben nicht viel gesagt werden, da es sich um ein riesiges Spezialgebiet handelt; aber um das Gebiet, das allem Anschein nach zuerst, auch von kapitalistisch verseuchten Köpfen noch am ersten begriffen und in der Wirklichkeit durchgeführt werden wird. Heft 8 der Nationalsozialistischen Bibliothek behandelt diese Frage ausführlich.

# Kulturpolitik

Es ist völlig unmöglich, auf kulturellem Gebiet in einer Programmschrift mehr als nur einige Grundsätze aufzustellen. Dies ist schon geschehen. Im übrigen muß es Grundsatz für den Nationalsozialisten sein, "religiöse" Fragen nicht in allgemeine politische Aussprachen hineinzuziehen. Nur diejenigen, die z.B. die Judenfrage ganz beherrschen, können die Verderblichkeit der jüdischen Geheimlehre zum Gegenstand von öffentlichen Äußerungen oder Angriffen machen. Das Beispiel des Altmeisters Th. Fritsch zeigt, daß selbst dieser vorzügliche Kenner des Talmud sich nicht vor vielmonatiger Gefängnisstrafen bewahren konnte. Das soll nicht heißen, die Finger davon zu lassen, sondern im Gegenteil, sich sehr eingehend mit diesen Fragen zu befassen.

Das gleiche gilt von den vielen törichten und plumpen Angriffen auf das Christentum. Redensarten., wie "das Christentum hat nur geschadet" beweisen höchstens, daß der Betreffende kein menschliches und politisches Taktgefühl hat.

Wohl mag man die politisierende Kirche verurteilen, wohl werden auch die besten Christen die im Namen des Kreuzes vollzogenen Greueltaten der Inquisition, der Hexenprozesse nicht gutheißen, aber Entartungen, Fehlgriffe, persönliche Fehler einzelner darf man nie einer der gewaltigsten Erscheinungen der Menschheit verallgemeinernd zum Vorwurf machen. Millionen und Abermillionen war die christliche "Religion" Erhebung und Erbauung, die sie über menschliches Leid emportrug zu Gott.

Die Kultur des Mittelalters stand im Zeichen des Kreuzes; Großtat, Opferwille, Glaubensmut fand im Christentum seine Wurzel. Da muß man wohl und sorgsam unterscheiden zwischen dem inneren seelischen Kern des Christentums und den vielfachen Auswüchsen seiner weltlichen Erscheinungsform.

*Die Partei als solche steht auf dem Boden des positiven Christentums*.

Alle Fragen, Hoffnungen und Wünsche, ob das deutsche Volk dereinst einmal eine neue Form finden wird für seine Gotterkenntnis und sein Gotterleben gehören nicht hierher, das sind Dinge von säkularer Bedeutung, die auch über den Rahmen eines so grundstürzenden Programmes, wie es der Nationalsozialismus verkündet, weit hinausgehen.

Die Partei als solche verbittet es sich jedenfalls, mit Wotanskultbestrebungen identifiziert zu werden, wie es von Seite der politisierenden Klerisei geschieht, wobei noch dahingestellt sein muß, ob derartige Bestrebungen in belangreichem Umfang bestehen.

Von großer praktischer Bedeutung und Dringlichkeit wird dagegen der Kampf gegen die Zersetzungserscheinungen sein, die auf dem Gebiet von Kunst, Literatur, Wissenschaft, Bühne, Lichtspiel und vor allen Dingen im gesamten Pressewesen unser Volk vergiften. Das grundsätzliche Programm, die sog. 25 Punkte gehen hier sehr in Einzelheiten, so daß weitere Ausführungen nicht mehr geboten erscheinen.

# Militärische und sonstige Reformen

Volksheer, Wahlrechtsreform, berufsständische Kammern, Rechtsreform, staatsrechtliche Reformen sind alles Fragen und Gebiete des öffentlichen Lebens von so großem Ausmaß, daß man darüber nicht mit ein paar Sätzen reden kann. Die Leitgedanken sind ja im Programm selbst ausgedrückt, das Durchdenken und Durcharbeiten und vor allem die Anknüpfung an das geschichtlich Gewordene wird die große und ernste Aufgabe der kommenden

Jahre sein, die uns zur politischen Macht führen sollen, die uns dann aber auch gerüstet finden müssen zur sachverständigen Übernahme der Staatsgeschäfte.

Hier ist ein reiches Feld gegeben für nationalsozialistische Forschungsarbeit; hier wird sich aber auch wieder die überragende Größe der nationalsozialistischen Idee bewähren.

Die Bedeutung des Nationalsozialismus offenbart sich ja gerade daran und darin, daß kein einziges Gebiet des öffentlichen Lebens unberührt bleiben wird, weil es einfach eine neue geistige Grundlage ist, auf die wir unser Leben einstellen müssen.

# 5. Was wir nicht wollen

Um das Positive unseres Programmes noch stärker hervorzuheben, wird es gut sein, auch einmal kurz programmatisch zu sagen, *was wir nicht wollen*.

Wir wollen nicht – zurück – wir wollen nicht das Rad der Geschichte rückwärts drehen und etwa lautlos versunkene Dynastien wieder zum Leben verhelfen, – sie haben sich selbst gerichtet. – Wir wollen ebensowenig den heute entthronten bevorrechtigten Ständen wieder ihre Sonderstellung einräumen. Offizier und Beamter sind im Wesen nicht höher und besser als ein anderer Berufsstand, soferne sie nur im Geiste unserer Idee, in erster Linie dem ganzen Volke dienen.

Nicht das Kleid, nicht die Tresse soll den Mann machen, sondern die Leistung.

Wir wollen aber nicht eine einseitige Bevorzugung oder künstliche Erhöhung des Handarbeiterstandes oder gar eine Diktatur des Proletariats. Man darf und soll sich nicht einbilden und einreden, daß irgendein Stand nur deshalb,

weil er unterdrückt war, daraus nun das Recht ableiten könnte, nun auch einmal zur Herrschaft zu kommen. Derartige Bestrebungen, in die Tat umgesetzt, führen unerbittlich zu so fürchterlichen Folgen, wie sie die Börsenrevolte vom November 1918 gezeigt hat. Nicht das bis dahin angeblich unterdrückte Volk hat auf der ganzen Linie gesiegt, sondern eine Flut von politischen Hochstaplern, Futtergrippensetzern, Schiebern, Schwätzern und Dummköpfen bemächtigten sich des Staatsapparates und der wirtschaftlichen Funktionen, und aus der versprochenen Diktatur des Proletariats wurde die heutige

Diktatur des "*Profit*ariats".

Auch eine nationalsozialistische Neuordnung des Staates, die nicht über einen wirklich ausreichend geschulten Stab von Männern verfügt, die stahlhart und eisenfest die programmatischen Grundlagen in sich aufgenommen haben und völlig beherrschen, die über Ernst, Energie und Sachkenntnis verfügen, würde nicht durchdringen. Auch bei uns würden sich allzuviele nur demagogisch fähige Leute mit Ellbogenkraft nach oben drängen und Nutznießer der Neuordnung sein.

Es ist viel leichter, kritisch die Mängel einer untergehenden Gesellschaft zu beleuchten und zu geißeln, als Aufbauarbeit zu leisten.

Wir wollen nicht etwa nur eine Partei sein, die im Parlament, in der Wirtschaft usw. langsam Fuß faßt, dann vielleicht in einer Koalition den einen oder anderen Ministerposten besetzt, um dann langsam aber sicher das Rückgrat gebrochen zu bekommen, – dann wäre unsere geschichtliche Rolle ausgespielt, wie heute die deutsche Sozialdemokratie geistig und politisch erledigt ist. Das gleiche gilt von den Deutschnationalen: auch sie haben bereits ihre obersten Grundsätze verleugnet, nur um in die Regierung hineinzukommen.

Wir wollen keine Ministersessel und Regierungsstellen um der Stellen oder der Macht willen, wir wollen nicht an die Macht um der Macht willen, sondern wir werden jede derartige Position nur einnehmen als eine Etappe in unserem gewaltigen Endziel. Zwischen und den anderen steht unüberbrückbar das Flammenschwert unserer Weltanschauung.

Dort der Staat, besser der Unstaat, liberal-demoktartisch-parlamentarischer Prägung, der nur notdürftig die Tyrannis des Leihkapitals verdeckt, zu dessen Füßen das ganze Gewimmel und diensteifrige Gekrabbel der Judenknechte, parlamentarischen Schieber und Günstlinge, die Nutznießer des Systems und ihre Lakaien,

bei uns der *Kampf für Befreiung und Reinigung unseres Volkes, eine Läuterung zum wahren Staat sozialer Gerechtigkeit und nationaler Freiheit*.

# 6. Schlußwort

Was muß der Nationalsozialist vom Programm wissen? war die Aufgabe, die sich dieses erste Heft der Nationalsozialistischen Bibliothek stellte. Wir haben immer und immer wieder eines gesehen, das sich wie ein roter Faden durch alle Ausführungen hindurchzog: **Der Nationalsozialismus ist eine Weltanschauung, die in schärfster Opposition zu der heutigen Welt des Kapitalismus und seiner marxistischen und bürgerlichen Trabanten steht**.

*Kampf ist unser Leben im Dienste dieser gewaltigen Idee, Kampf für ein neues Deutschland, und es wäre kein richtiger Kampf, wenn dieser unser Kampf um eine Weltanschauung nicht ein Symbol, eine Fahne hätte.*

Kann man sich ein Symbol, eine Fahne, z.B. der Wirtschaftspartei vorstellen, die über die kläglichen Allegorien der 80er, 90er Jahre hinausginge? Oder der Kegel- und Tabakklubs? Gewiß nicht. Wie sieht die Flagge der Stresemann-Partei aus?

Die Schwarzen mißbrauchten das Kreuzzeichen und die Roten die altehrwürdigen Fahnen mittelalterlicher Kaiserherrlichkeit.

*Uns Nationalsozialisten flattern unsere Sturmfahnen voran. Ewig jung, strahlend und leuchtend steigt vor uns das*

*Sonnenrad, das Hakenkreuz, das Symbol des wieder erwachenden Lebens*.

Unsere Sturmfahnen, unsere Adler tragen dieses Symbol

"Wir sind das Heer vom Hakenkreuz

Hebt hoch die roten Fahnen,

Der deutschen Arbeit wollen wir

Den Weg zur Freiheit bahnen!"

# Fußnoten:

1) Zu diesem Programm hat Adolf Hitler am 13. April 1928 folgende Erklärung verlautbart:

**Erklärung**.

Gegenüber den verlogenen Auslegungen des Punktes 17 des Programms der NSDAP von seiten unserer Gegner ist folgende Feststellung notwendig.

Da die NSDAP auf dem Boden des Privateigentums steht, ergibt sich von selbst, daß der Passus "Unentgeltliche Enteignung" nur auf die Schaffung gesetzlicher Möglichkeiten Bezug hat, Boden, der auf unrechtmäßige Weise erworben wurde oder nicht nach den Gesichtspunkten des Volkswohls verwaltet wird, wenn nötig, zu enteignen.

Dies richtet sich demgemäß in erster Linie gegen die jüdischen Grundspekulationsgesellschaften.

*München*, den 13. April 1928.

gez. *Adolf Hitler*.

2) Verlag Frz. Eher Nachf., München 2 NO.